

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 21 vom 25. Mai 1979

13. Jahrgang

1 DM

Ölmultis erhöhen Benzinpreis

Mit dem Benzinpreis steigen die Ölprofite

Rechtzeitig mit der beginnenden Urlaubs- und Reisezeit verteuerten die großen Ölgesellschaften den Benzinpreis. An den meisten Tankstellen überschritt der Preis für Superbenzin die „magische Grenze“ von einer Mark pro Liter. Die Ölmultis nutzen das von ihnen angeschürte Klima der Energieversorgungshysterie, um ihre Profite ein weiteres Mal gewaltig zu erhöhen.

Zu Beginn der letzten Woche hatte diesmal zunächst Chevron eine Erhöhung des Benzinpreises um zwei bis drei Pfennige angekündigt. Bis Anfang dieser Woche zogen Texaco, BP, Aral, Esso und Shell entsprechend nach. Die Gesellschaften bestreiten in der Öffentlichkeit eine Preisabsprache. Wer sieht jedoch nicht, daß es sich hier um einen koordinierten und abgesprochenen Raubzug auf die Taschen der Werktätigen handelt?

Alle Ölgesellschaften begründen die Benzinpreiserhöhung mit einer internationalen Verteuerung des Rohöls. Bei näherer Betrachtung aber erweist sich dieses „Argument“ als haltlos. Zwar stieg der Preis pro Tonne Rohöl von April 1978 bis April 1979 um 24 Mark auf 246 Mark an; tatsächlich aber ist das Rohöl heute billiger als im Frühjahr 1977. Damals kostete eine Tonne 250 Mark. Oder betrachten wir die Preisentwicklung beim leichten Heizöl: Während seit dem letzten Jahr die Einstandspreise für Rohöl um rund 15 Prozent stie-



gen, wurde das leichte Heizöl im gleichen Zeitraum um 80 Prozent verteuert!

Die Mineralölkonzerne erzielen ungeheure Profite. „Die BP verdient an jeder Tonne verarbeiteten Rohöls heute (...) runde 12 DM (...); nach der Preiserhöhung werden es 17 DM sein“, schreibt die „Süddeutsche Zeitung“. Bereits im ersten Quartal 1979 verzeichneten die Ölkonzerne einen Gewinnzuwachs von 50 Prozent; einige Firmen hatten ihren Gewinn mehr als verdreifacht.

Die Raubpolitik der Ölkonzerne wird von den einschlägigen Politikern — auch wenn sie hin und wieder einige kritische Worte verlieren — doch gedeckt, gerechtfertigt und gefördert. „Teures Öl ist besser als gar kein Öl“, erklärte Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff. Lambsdorff stellte auch bereits einen Benzinpreis von 1,10 Mark in Aussicht und setzte damit neue Richtmarken für die Raubpolitik der Ölmultis.

Keine Stimme dem Europa der Monopole

Die Kampagne, die die bürgerlichen Parteien zur Europawahl veranstalten, hat sich beträchtlich verstärkt. Doch alle die Wahlplakate, Anzeigen, Fernsehspots, Veranstaltungen werden der Mehrheit der Werktätigen der betreffenden Länder nicht einreden können, daß es bei den Europawahlen um ihre Interessen geht.

Schon jetzt befürchten die bürgerlichen Wahlveranstalter eine peinlich geringe Wahlbeteiligung. Der „Spiegel“ spottete: „Das Interesse der Deutschen an den Wahlen zum Europaparlament wird nur noch übertroffen von der Einfalt der Wahlwerbung“.

Die Haltung der westdeutschen Werktätigen ist zutiefst verständlich. Denn das Euro-Parlament ist eine Institution ohne wirkliche Macht und Be-

deutung; ist eine Fassade, hinter der die europäischen Monopole ihre Geschäfte abwickeln gedenken; ist ein Selbstbedienungsladen für die Euro-Parlamentarier, die darin einziehen werden.

Ein besonders abstoßendes Moment sind verschiedene Kandidaten, die sich als Vertreter Westdeutschlands aufspielen. Da ist zum Beispiel der Kaisersproß und Verfechter faschistischer Ideale, Otto von Habsburg; da ist die Schlächterin aus dem Konzentrationslager Majdanek, Hildegard Lächert, die über 1000 Morde auf dem Gewissen hat. — Der Provokation der Europawahlen muß am 10. Juni die richtige Antwort gegeben werden!

Keine Stimme dem Europa der Monopole!
(Siehe auch Seite 3)

Wiederaufbereitungsanlage wird vorläufig nicht gebaut

Eine Bresche im Bonner Atomprogramm

„Sand im Entsorgungstriebe“ schrieben wir in unserer Ausgabe vom 11. Mai. Mittlerweile ist das Atomprogramm der Bundesregierung völlig ins Stocken geraten. Die Landesregierung in Hannover konnte sich nicht dazu durchringen, das Gesamt-

Das ist ein großer Sieg des massenhaften Widerstandes der Bevölkerung gegen das Bonner Atomprogramm. Ein wichtiger Faktor dabei war zweifellos der aufopferungsvolle Kampf der Lüchow-Dannenberg Bauern.

Für Gorleben planten die in der Deutschen Gesellschaft für die Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) zusammengeschlossenen Energiekonzerne ein gigantisches 12-Milliarden-Projekt, die berühmte Wiederaufbereitungsanlage. Sie ist das Kernstück des „integrierten Entsorgungskonzeptes“ der Bundesregierung. Ein weiterer Bestandteil dieses

Deutsche Bibliothek Frankfurt Maulkorberlaß der ÖTV-Bonzen

Am 6. Dezember 1978 wurden sie von ihren Kollegen gewählt, bereits im Januar verhängte der Kreisvorstand Frankfurt der ÖTV ein Funktionsverbot. Ein Ausschlußverfahren läuft, und um allem die Krone aufzusetzen, ist der ÖTV-Hauptvorstand auch noch vor Gericht gezogen. Viel Lärm um nichts?

Es geht um die sieben Vertrauensleute in der Deutschen Bibliothek in Frankfurt. Und es geht um die Art und Weise, wie Kreis- und Hauptvorstand die ÖTV-Satzung interpretieren. Dort ist man nämlich der Meinung, daß Betriebsgruppe oder Vertrauensleute keinerlei Verlautbarungen im Namen der ÖTV herausgeben dürfen, es sei denn, der Segen des Kreisvorstandes liegt vor. Als dann die sieben Vertrauensleute in der „Frankfurter Rundschau“ einen Leserbrief veröffentlichten, der sich gegen das Bonner Atomprogramm und die Haltung der ÖTV-Spitze dazu äußerte, brannte bei den Bonzen die Sicherung durch. Funktionsverbot war die Antwort.

Die Vertrauensleute gingen mit Unterstützung der Betriebsgruppe in die Offensive und gaben eine Broschüre mit dem Titel „Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht“ heraus, in der

sie die undemokratischen Methoden der Gewerkschaftsführung angriffen. Diesmal war die Antwort: Ausschlußverfahren. Die Bonzen fühlten sich derart empfindlich getroffen, daß sie stärkste Geschütze auffahren ließen. Der Hauptvorstand schaltete sich ein, um einen Gerichtsbeschluß zu erzwingen, der das weitere Verreiben der Broschüre verbietet. Die Klage des Hauptvorstandes ist allerdings in erster Instanz mit Urteil vom 8. Mai abgewiesen worden.

Eine Welle der Solidarität erreichte die Vertrauensleute. Bisher setzten sich über 1200 Gewerkschafter in einer Unterschriftenaktion für ihre Frankfurter Kollegen ein. Wir fordern die Gewerkschafter unter unseren Lesern auf, in ihren Organisationen Resolutionen zu diesem Fall zu verabschieden. Auf Seite 4 ist solch eine Resolution veröffentlicht.

Faschistendemonstration in Köln

Gegendemonstration verboten

Am 20. Mai konnten 5000 türkische Faschisten aus dem Umkreis der MHP und der „Grauen Wölfe“, durch Köln demonstrieren. Das Kölner Verwaltungsgericht hatte ein zunächst verhängtes Verbot aufgehoben, während es eine Gegendemonstration verbot.

Erst am 6. Mai hatte die Münchner Polizei durch einen massiven Polizeieinsatz ermöglicht, daß die „Grauen Wölfe“ den Propagandafilm „Wem geht die Sonne auf?“ zeigen konnten, dessen Vorführung in mehreren Städten verboten worden war.

Die Kölner Demonstration richtete sich unter anderem gegen den Westdeutschen Rundfunk (WDR). Der WDR hatte in seinen türkischen Sendungen immer wieder die Tötung der Grauen Wölfe und ihrer Tarnorganisationen angeprangert und ihr Verbot gefordert.

Unter anderem trugen die

Faschisten ein Transparent mit der demagogischen Forderung: „Schluß mit dem kommunistischen Massenmord in der Türkei“ — Wer allerdings die wirklichen Massenmörder sind, zeigte sich wieder letzte Woche in Ankara. Dort stürmte ein Kommando der „Grauen Wölfe“ ein Cafe, und zwang die Anwesenden, sich auf den Boden zu legen, es waren meist linksgerichtete Studenten. Aus den Liegenden suchte das Kommando sieben Menschen aus und erschoss sie. Erst im Dezember 1978 hatten Faschisten in der Stadt Maras Hunderte von Menschen ermordet.

Weitere Berichte siehe S.11

Straßenkämpfe in Longwy

Am Freitag letzter Woche kam es im französischen Longwy wieder zu militanten Auseinandersetzungen zwischen demonstrierenden Stahlarbeitern und der Bereitschaftspolizei. Zehn Personen wurden verletzt. — Die Arbeiter hatten gegen die Behinderung eines Gewerkschaftssenders durch Störprogramme offizieller französischer Sender protestiert.

Hohe Säuglingssterblichkeit

1977 wurden in der Bundesrepublik 3795 Kinder tot geboren, und 9022 Säuglinge starben vor Vollendung ihres ersten Lebensjahres. Von 1000 Säuglingen werden hierzulande 23 nicht einmal ein Jahr alt. Diese Angaben machte der Staatssekretär Hermann Buschfort vom Bundesarbeitsministerium in Bonn.

Im Vergleich zu ihren Nachbarländern hält die Bundesrepublik bei der Säuglingssterblichkeit einen traurigen Rekord. Dafür werden zum gegenwärtigen Jahr des Kindes um so schönere Reden gehalten!

Warschauer-Pakt-Manöver

Vermutlich am Mittwoch dieser Woche beginnen in Ungarn unter der Bezeichnung „Schild 79“ Manöver von Truppen des Warschauer Paktes. Dauer des Manövers, Größe der Truppenverbände und Manövergebiet wurden nicht bekanntgegeben. Erstmals seit zehn Jahren nehmen wieder rumänische Truppen an einem Manöver des Warschauer Paktes teil. Noch vor einem halben Jahr hatte der rumänische Staatschef Ceausescu beteuert, Rumänien werde seine Truppen nie einem fremden Oberbefehl unterstellen.

Sowjetunion und Heß

Wie aus einem Bericht des Moskauer Korrespondenten der britischen Tageszeitung „Evening News“ hervorgeht, spielt die Sowjet-Führung mit dem Gedanken, den Hitler-Stellvertreter und Kriegsverbrecher, Heß, freizulassen. In dem Bericht heißt es, Moskau sei zur Freilassung von Heß bereit, wenn dieser sich von seiner NS-Vergangenheit öffentlich distanzieren und verpflichte, den Rest seines Lebens fern der Öffentlichkeit zurückgezogen zu verbringen.

entsorgungskonzept für den Standort Gorleben zu genehmigen. Der Bau der Wiederaufbereitungsanlage, der lebensgefährlichen Atomfabrik, bleibt vorläufig auf der Strecke.



Demonstration in Gorleben im März 1977. Heute haben die Atomenergiegegner einen wichtigen Sieg errungen.

Kommentar

„Wir müssen uns fragen, ob man hungerstreikende Untersuchungshäftlinge nicht besser ihrem Schicksal überlassen sollte...“

Die zitierte Äußerung charakterisiert den, der sie gemacht hat, ganz gut. Im Dritten Reich schließlich hat man mit politischen Gefangenen auch nicht lange gefackelt. Tod durch Verhungern war eine bewährte Art des Massenmordes in den Konzentrationslagern...

Würdiger Repräsentant

Die Äußerung stammt von Karl Carstens, der seit dem Mittwoch dieser Woche aller Voraussicht nach Präsident der Deutschen Bundesrepublik ist. (Bei Redaktionsschluss des „Roten Morgen“ war die Wahl noch nicht gelaufen).

Ja, was eigentlich hätte Carl Carstens Wahl noch verhindern können? Die Mehrheitsverhältnisse in der wählenden Versammlung sprachen ganz für ihn, und es hätte schon arg mit dem (Bestechungs-) Teufel zugehen müssen, wenn er nun nicht Bundespräsident geworden ist.

Carl Carstens ist im Sinne der Bonner Politik für das Amt des Bundespräsidenten qualifiziert. Seine Vergangenheit, seine Gesinnung, seine Art, die politischen Probleme anzupacken — dies alles prädestiniert ihn.

Carl Carstens begann seine Karriere 1933 als Student der Rechts- und Politikwissenschaft an verschiedenen braunen Universitäten. Er wurde Mitglied der SA und verrichtete seinen „Dienst“ im Hamburger SA-Sturm 5/75. Der NSDAP beigetreten, kassierte er Mitgliedsbeiträge. Er war Offizier der faschistischen Wehrmacht, genauer: Propagandaoffizier, der Hitlers Ideologie in der Wehrmacht verbreitete und der sein Parteiabzeichen bis zum Zusammenbruch des Nazi-Staates an der Uniform zur Schau trug.

Carl Carstens ist würdiger Nachfolger eines Lübke, der in der Nazi-Zeit Konzentrationslager baute; eines Scheel, der ebenfalls NSDAP-Mitglied war.

In den sechziger Jahren war Carstens Chef des Bundeskanzleramts. Später geriet er in den Verdacht, in dieser Eigenschaft Waffenschlebereien des Bundesnachrichtendienstes gedeckt und gefördert zu haben. Carstens bestritt dies vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss, worauf ihm vorgeworfen wurde, Falschaussagen gemacht — sprich: gelogen — zu haben. Der Verdacht der Waffenschleberei und der Lüge ist bis heute nicht entkräftet worden; das entsprechende Gerichtsverfahren wurde eingestellt. Aber ist Lüge und Waffenschleberei in einem

Staat wie der Bundesrepublik ein Grund, nicht höchste politische Ämter zu bekleiden? In einem Staat, in dem ein Strauß Ministerpräsident ist?

Die Nazi-Vergangenheit und die Waffengeschäfte bewältigt Carstens nun mit „Erinnerungslücken“. Diese Lücken sind ein bewährtes Mittel Bonner Politik von Filbinger bis Schmidt. (Dem letzteren nämlich fiel seine Zuschauerrolle bei den Freisler-Prozessen gegen die Verschwörer des 20.

Juli 1944 auch erst in dem Moment wieder ein, als bisher unbekanntes Filmmaterial darüber gefunden wurde). — Nein, „Erinnerungslücken“ sind wirklich kein Grund, nicht Bundespräsident zu werden! Außerdem hat uns Herr Carstens glaubhaft versichert, daß er als Beisitzer eines Bremer Kriegsgerichts an Todesurteilen nicht mitgewirkt hat: „Wenn das der Fall gewesen wäre, wüßte ich das.“

Anders als die verantwortlichen Wahlmänner empfindet es die fortschrittliche Öffentlichkeit in der Bundesrepublik als eine Provokation, daß ein Mann wie Carstens an die Spitze des Staates gestellt wird mit dem Anspruch, das deutsche Volk zu repräsentieren. Anders als für die Wahlmänner ist für die fortschrittliche Weltöffentlichkeit Carstens' Präsidentschaft eine Erscheinung, die üble Erinnerungen weckt — ein Zeichen für den reaktionären Kurs, den dieser westdeutsche Staat eingeschlagen hat und verfolgt. Aber die fortschrittliche Öffentlichkeit weder der Bundesrepublik noch der Welt hatten nicht zu bestimmen, wer in Bonn der Bundespräsident wird.

Mit Rücksicht auf die massiven Proteste gegen die Präsidentschaftskandidatur Carstens' fanden auch SPD-Politiker Worte der Kritik. Aber war diese Haltung echt? Warum dann griff Schmidt persönlich in den Rechtsstreit ein, den Carstens wegen der Waffenschlebereien mit dem SPD-Mann Metzger hatte? Warum gab sich Metzger mit einem Male mit der Einstellung des Verfahrens zufrieden? Warum wurde es Carstens so ermöglicht, ohne die Belastung durch eine rechtskräftige Verurteilung wegen Falschaussage zur Bewerbung um das Amt des Bundespräsidenten anzutreten?

Auch unter der Bundespräsidentschaft eines Carl Carstens wird die SPD/FDP-Regierung ihre Regierungsgeschäfte wie gewohnt fortsetzen. Carstens ist im Gefüge dieses westdeutschen Staates beileibe kein Fremdkörper. Er wird diesen Rechtsnachfolgerstaat des Dritten Reiches nur allzu würdig repräsentieren!

Der erste Schritt ist getan

Zur Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung

Am 16. Mai gab die Regierung Albrecht sehr zum Ärger der Bundesregierung und der „Deutschen Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen“ (DWK) bekannt, daß sie die Genehmigung zum Bau der Gorleber Todesfabrik vorläufig nicht erteilen wolle. Damit ist das Bonner Atomprogramm ins Stocken geraten.

Da die Genehmigung weiterer Atomkraftwerke juristisch mit der Lösung der Entsorgungsfrage zusammenhängt, befürchten die Atomkraftwerksbetreiber auch für ihre Projekte neue Schwierigkeiten. Die neue AKW-Generation vom Typ „Schneller Brüter“, die in Kalkar ihren Anfang nehmen soll, ist ohne Wiederaufbereitungsanlage sinnlos. Ohne die Atomfabrik in Gorleben ist das Bonner Atomprogramm in der geplanten Form nicht durchführbar.

Die Bundesregierung ließ erklären, daß sie auf jeden Fall an ihrem Programm festhalten werden. Auch Albrecht machte im Namen seiner Landesregierung klar, daß ihn keinesfalls grundlegende Erwägungen zu seiner zunächst abschlägigen Entscheidung bewegen hätten. Für ihn sei die Anlage technisch durchaus realisierbar, er halte das Projekt vielmehr aus politischen Gründen für undurchführbar.

Es ist damit zu rechnen, daß die Bundesregierung nun eine andere Taktik einschlagen wird. Sie wird darauf hinwirken, daß nun verstärkt Zwischenlager für den Atom Müll errichtet werden. Die DWK wies darauf

hin, daß in den achtziger Jahren bei einer AKW-Stromerzeugung von 20000 Megawatt jährlich 600 Tonnen Atom Müll anfallen würden. Das bedeutet, daß alle zwei bis drei Jahre ein neues Zwischenlager gebaut werden müßte.

Was die DWK hier als Argument für die Wiederaufbereitungsanlage anführt, ist für die AKW-Gegner ein Grund, die Forderung nach Stilllegung sämtlicher AKWs und Bausopp aller neuen Projekte zu fordern. Die westdeutschen Kohlevorkommen reichen jahrhundertlang aus. Wir brauchen ein Energieprogramm, das sich in erster Linie auf unsere eigenen Kohlevorräte stützt. Schon heute lagert viel zu viel radioaktiver Müll in unserem Land.

Zunehmend wird auch die Arbeiterklasse und die Gewerkschaftsbewegung vom Kampf gegen das Bonner Atomprogramm erfaßt. Hatte er sich die DGB-Führung vor einiger Zeit noch leisten können, offen für das Atomprogramm Partei zu ergreifen, so macht sie heute unter dem Eindruck von Harrisburg und der Großdemonstration in Hannover erste Abstriche. Doch die DGB-Spitze

ist viel zu sehr mit dem Monopolkapital verfilzt, als daß sie sich zu einer klaren Ablehnung des Bonner Atomprogramms durchringen könnte. Ihre Verlautbarungen sind nichts als ein Zugeständnis an die immer machtvoller werdende Bewegung.

Was ist zum Beispiel davon zu halten, wenn ÖTV-Chef Kluncker in einem Arbeitspapier erklärt, daß er für den Verzicht auf Atomenergie sei, wenn sich nach einer „erneuten gewissenhaften Prüfung herausstellen sollte“, daß die Sicherheit der Bevölkerung nicht gewährleistet ist? Die Gefahren liegen heute klar auf der Hand, da braucht nichts mehr nachgeforscht zu werden!

Nach diesem ersten Sieg der Bewegung gegen das Bonner Atomprogramm muß damit gerechnet werden, daß Bonn das Entsorgungskonzept lediglich in einer anderen Reihenfolge durchziehen will. Zuerst Zwischen- und Endlagerung regeln, später mit der Wiederaufbereitungsanlage nachziehen. Doch angesichts des großen Widerstandes in der Bevölkerung ist es fraglich, ob Bonn überhaupt sein Atomprogramm voll durchsetzen kann und wird.

Frühjahrstagung der NATO

Streitmacht der Monopole

Am Mittwoch, den 16. Mai ging die zweitägige Frühjahrstagung der NATO in Brüssel zu Ende. Die Verteidigungsminister der Mitgliedsstaaten diskutierten die Lage und wiesen auf die Notwendigkeit verstärkter Rüstungsanstrengungen hin. Unverzichtbar sei die Modernisierung der taktischen Atomwaffen in Westeuropa und die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen.

Über die Erweiterung des atomaren Mittelstreckenpotentials soll Ende des Jahres entschieden werden. Mittel- und Kurzstreckenraketen sind von dem kürzlich vereinbarten SALT-II-Abkommen ausdrücklich ausgenommen, so daß besonders in diesem Bereich das Wettrüsten forciert weitergetrieben wird. Sowohl der Warschauer Pakt als auch die NATO begründen die verstärkte Aufrüstung mit einem angeblich friedenssichernden „Gleichgewicht der Kräfte“. Dabei wirft jeweils die eine Seite der anderen vor, dieses Gleichgewicht zu seinen eigenen Gunsten stören zu wollen. Tatsache ist, daß beide Seiten imperialistische Militärbündnisse sind, daß beide Seiten in gleichem Maße eine große Bedrohung für die Sicherheit der Völker und den Weltfrieden darstellen.

So wurden hinter den Kulissen der NATO-Tagung Pläne geschmiedet, das militärische Aktionsgebiet der NATO auch auf die südliche Hemisphäre auszudehnen. General Gundersen, der scheidende Chef des Militärkomitees, sprach sich dafür aus, den Aktionsraum der NATO zwar nicht offiziell auszudehnen, sondern „ein Forum für Beratungen unter friedliebenden Nationen zu bilden, die ein Recht darauf haben, sich um die Zukunft des freien Handelsverkehrs in der Welt zu kümmern.“ Damit meint er die Kontrolle des Seewegs vom Atlantik in den Südpazifik. Dieser Plan steht in einer Linie mit den amerikanischen Drohungen, zur Sicherung der Energieversorgung Truppen einzusetzen.

Und was das „Forum“ der

„Welthandel interessierten, friedliebenden Staaten“ unter Führung der NATO betrifft, so läuft das ganz auf das von den chinesischen Revisionisten geforderte Bündnis aller Reaktionäre und Faschisten unter Einschluß des USA-Imperialismus hinaus. Im übrigen sind die Motive zur Ausdehnung der NATO ein erneuter Beweis, daß es sich beim nordatlantischen

Bündnis weder um eine Verteidigungsarmee noch um eine Truppe zur Friedenssicherung oder der Verteidigung der Freiheit handelt. Die NATO ist vielmehr die aggressive Streitmacht der westlichen Monopole, die jederzeit bereit und in der Lage ist, für deren Profit einen dritten Weltkrieg zu beginnen bzw. die Revolution der Völker in Blut zu erstickern.

Beitrag soll angehoben werden

Neuer Rentenskandal steht bevor

Trotz steigender Beiträge in die Rentenkassen, ist die Lage der alten Menschen im Kapitalismus schlichtweg katastrophal zu nennen. Abgesehen von wenigen „Spitzenempfängern“ vegetiert der Großteil der Rentner mit weniger als 1000 Mark im Monat dahin.

Die Durchschnittsrente der Männer liegt bei 1014 Mark im Monat. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in diesen Durchschnittswert auch die Spitzenempfänger eingegangen sind. Die tatsächliche Rente der Werktätigen liegt entsprechend niedriger. Der Dank dafür, daß sie ihr Leben lang ihre Arbeitskraft zu Markte getragen haben.

Die Durchschnittsrente der Frauen liegt dagegen bei 365 Mark. Die Ungleichheit zwischen Mann und Frau im Produktionsprozeß, beispielsweise bei der Entlohnung, setzt sich auf drastische Art und Weise bei der Altersversorgung fort. Nun planen die Koalitionsparteien, unter dem Vorwand der

Gleichberechtigung von Mann und Frau, einen weiteren Schlag gegen die Beitragszahler. Die Renten von Mann und Frau sollen in Zukunft angehoben werden. Das bedeutet einen Mehraufwand von rund sieben Milliarden Mark im Jahr. Dieser Mehraufwand soll entweder durch eine Beitragserhöhung auf 19 Prozent oder durch die Beschneidung bzw. Herausziehung der Rentenerhöhung finanziert werden.

Die Kapitalisten und ihr Staat haben an der Ungleichheit von Mann und Frau profitiert. Es ist nicht einzusehen, daß wir die in Worten angestrebte Gleichberechtigung zu finanzieren haben.

Keiner will ihn

Als der spanische Frachter Covagonda mit amerikanischer AKW-Ausrüstung in Cadix einlief, traten die Hafenarbeiter in den Streik. Die Ladung konnte nicht gelöscht werden. Zuvor hatte man vergeblich versucht, das Schiff in Bilbao und Bordeaux zu entladen. Das Material ist für ein AKW bestimmt, das nur 25 Kilometer entfernt von Bilbao gebaut wird. Dort hatte es bereits zahlreiche Proteste unter der Bevölkerung gegeben. Wie es heißt, muß das Schiff unverrichteterdinge nach USA zurückdampfen.

Atomarer Zwischenfall bei Landshut

Aus dem Kernkraftwerk Isar in Ohu bei Landshut ist Mittwoch letzter Woche radioaktiver Dampf entwichen. Die Verantwortlichen hielten es jedoch nicht für nötig, den Reaktor abzuschalten. Die Bevölkerung sei zu keiner Zeit gefährdet gewesen, lautet die stereotype Erklärung.

Der dicke Bauch eines Angestellten war es, der die Harrisburger Katastrophe verursacht hat. Der „Dicke“ hatte nach einer Verlautbarung der amerikanischen Atomkontrollbehörde mit seinem Bauch „über der Instrumententafel gehangen“, so daß verschiedene Kontrollgeräte seinem Blick entzogen waren.

Die Wahl darf nicht gestört werden

Eine Gruppe um Günter Wallraff hatte für den Termin der Bundespräsidentenwahl in der Bonner Beethovenhalle eine Demonstration angemeldet, die sich in origineller Art und Weise mit der deutschen Nachkriegsgeschichte auseinandersetzen wollte. Das Ziel der Demonstration sollte sein, die Bundesrepublik als mehr oder weniger verschleierte Fortsetzung des „Tausendjährigen Reiches“ erscheinen zu lassen, in dem bekanntlich schon Carstens eine Rolle gespielt hat. Die entscheidenden Demonstrationsmittel wie SS-Uniformen etc. wurden verboten.

Streit um Zumutbarkeitsklausel

Bundesarbeitsminister Ehrenberg plant mit der 5. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz einen Schlag gegen das Millionenheer der arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen. Seinem Vorschlag nach sollte unter anderem die Zumutbarkeitsklausel erheblich verschärft werden. Arbeitslose, die bei einer vom Arbeitsamt angebotenen Stelle, die mehrere hundert Kilometer weit vom Wohnort liegt, das dann fällige Wochenendpendeln nicht in Kauf nehmen wollen, sollen nach Ehrenberg keine Unterstützung mehr bekommen. Das hat allerdings breite Empörung hervorgerufen, die bis in die Kreise der SPD-Bundestagsfraktion hereinreicht.

Zitat der Woche

„Jeder technische Fortschritt der Menschheit ist von Risiken, Havarien und Unglücken begleitet.“ (Das tschechoslowakische Parteiorgan „Rude Pravo“ zur Verteidigung der Atomenergie)

Aus dem Inhalt

Oberhausen: Glashütte macht dich	4	taristen	7
Bist du krank — kannst du gehen	4	Kunst am Bau — es geht auch anders	8
Die Aussperrung hat Geschichte	5	Kurzgeschichte: Die Schlange	9
30 Jahre Bundesrepublik ...	6	Ist China ein imperialistisches Land?	10
Polizei überfällt Antimilitaristen	11	Britische Unterhauswahlen	11

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79600 — 461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlev Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Am 27. März 1957 unterzeichneten die Regierungschefs von Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, der Niederlande und der Deutschen Bundesrepublik in Rom die Gründungsverträge der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Am 1. Januar 1958 traten die Römischen Verträge, wie sie nun nach dem Ort ihrer Unterzeichnung genannt wurden, in Kraft. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft erblickte das Licht

der Welt als gemeinsames Kind des amerikanischen Imperialismus und der Monopolgruppen ihrer Mitgliedsstaaten. Da man selbstverständlich kein Interesse daran hatte, diese Tatsache allzu offenkundig werden zu lassen, wurden die Massenmedien in Bewegung gesetzt, um der Arbeiterklasse und den übrigen Werktätigen einzuwässern, was für große Vorteile sie von der EWG zu erwarten hätten.

Keine Stimme für das Europa der Monopole!

Wem nützt die Europäische Gemeinschaft?

Und auch im § 1 der Römischen Verträge wird behauptet, es sei das Ziel der Wirtschaftsgemeinschaft, durch die Errichtung eines gemeinsamen Marktes und eine Angleichung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Mitgliedstaaten eine größere Stabilität der Konjunktur und eine ständige Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung der angeschlossenen sechs Staaten zu verwirklichen!

Inzwischen sind seit Inkrafttreten der Römischen Verträge 21 Jahre vergangen, und jeder kann selbst beurteilen, wie es mit der „Stabilität der Konjunktur“ und der „Verbesserung des Lebensstandards“ aussieht. Die Wirtschaft in den neun Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft steckt in einer tiefen Krise. Es gibt bereits über sechs Millionen Arbeitslose, weitere Massenentlassungen in der Stahlindustrie und anderen Bereichen stehen bevor, um nur das schwerwiegendste Beispiel für die Verschlechterung des Lebensstandards der Werktätigen in der Europäischen Gemeinschaft zu nennen. Es genügt auch, auf das große Bauernlegen großen Stils hinzuweisen, durch das allein in den letzten acht Jahren 3,3 Millionen Bauern um ihren Erwerb gebracht wurden.

Das Stahlkartell

Mit der Gründung der EWG wurde dagegen der Weg für die Monopolgruppen der Mitgliedsländer frei, sich ungehindert durch nationale Grenzen ausdehnen zu können und ihr Kapital dort zu investieren, wo die Ausbeutung der Arbeiter die höchsten Profite verspricht. Es ist deshalb überhaupt kein Zufall, daß zum Beispiel der größte Teil des Kapitalexports der westdeutschen Monopole in die Länder der EG fließt. So machten 1975 die Direktinvestitionen innerhalb der EG allein 35% des Gesamtbestandes aller Auslandsinvestitionen aus.

Kein Wunder also auch, daß mit der Gründung der EWG die Macht und der Einfluß der Monopole sprunghaft wuchsen, daß sich der Prozeß der Monopolisierung, der Konzentration der Produktion und des Kapitals, rapide beschleunigte. Eine kleine Gruppe von Monopolen entscheidet heute in der Europäischen Gemeinschaft über das Schicksal von Millionen von Menschen. Wie das funktioniert, wie die Monopole mit den Behörden der EG zusammenarbeiten und welche Folgen das für die Werktätigen hat, dafür ist das europäische Stahlkartell ein besonders gutes Beispiel.

Im Mai 1976 trafen sich auf Initiative von Thyssen führende Manager von Stahlkonzernen aus der Bundesrepublik, den Niederlanden und des luxemburgischen Monopols ARBED. Die beteiligten Konzerne schlossen sich unter dem Namen „Internationale Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl“ zu einem Kartell zusammen. Die französischen und belgischen Stahlkonzerne, die von diesem Kartell ausgeschlossen waren, ließen mit ihrer Antwort nicht lange auf sich warten. Sie schlossen sich ebenfalls zu einem Kartell zusammen. Kurze Zeit darauf, nach einigen harten internen Kämpfen, bei denen es um die Aufteilung der Markt- und Produktionsanteile ging, war das europäische Superkartell aller Stahlkonzerne der EG-Länder, einschließlich der britischen, perfekt. Es erhielt den Namen „Eurofer“.

In der Satzung des Kartells der westeuropäischen Stahlkonzerne ist die Rede von der „Schaffung eines Konsultationsmechanismus zur Förderung der Harmonisierung der Investitionen und zur Rationalisierung der Produktion“, vom „Austausch von Daten in allen Fragen von gemeinsamen Interesse, insbesondere über Produktion, Markt und Beschäftigung“, von der „Zusammenarbeit auf den Gebieten der Ener-

gie- und Rohstoffversorgung, des Transportwesens, des Umweltschutzes, der Finanzen und des Rechts der technischen Forschung“.

Das Superkartell arbeitet eng mit der EG-Kommission zusammen. Diese Zusammenarbeit wird durch den Montanvertrag und andere Abmachungen, die bei der Gründung der EWG abgeschlossen wurden, geregelt. Diese Verträge zeigen im übrigen recht deutlich, daß die mit der Gründung der EWG geschaffenen Institutionen und vor allem die EG-Kommission in Brüssel, als Einrichtungen im Dienst der Monopole, zur Si-

Die „Europäische Gemeinschaft“ ist allein im Interesse der Monopole. Sie ist ein Instrument der westeuropäischen Imperialisten und des USA-Imperialismus zur Ausbeutung und Unterdrückung der Völker, gegen die Revolution, die wahre Demokratie und den Sozialismus. Deshalb können die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen die „Europäische Gemeinschaft“ nicht unterstützen, sondern müssen sie bekämpfen.

Was hat die „Europäi-

cherung ihrer Maximalprofite durch die Ausbeutung der Werktätigen, geschaffen wurden. Die Brüsseler Kommission sammelt nicht nur alle Daten, die mit der jeweiligen Branche zusammenhängen. Sie verteilt auch Subventionen, arbeitet Rationalisierungs- und Strukturprogramme aus, legt Mindestpreiserzeugnisse fest und brütet schließlich umfassende Pläne für die Neuordnung ganzer Produktionszweige wie zum Beispiel der Stahlindustrie aus. Die Mitglieder der Kommission sind zudem in den allermeisten Fällen direkte oder indirekte Vertreter der Monopolgruppen.

Zwischen den Monopolgruppen und der Brüsseler Kommission gibt es also ein ganzes undurchdringliches Geflecht von

Verbindungen, dessen Ergebnis die völlige Unterordnung der EG-Kommission und überhaupt der ganzen Brüsseler Bürokratie unter die Monopole ist. Von dieser Kommission irgendeinen Schritt im Interesse der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen zu erwarten, hieße wahrhaftig auf ein Wunder hoffen.

Der Davignon-Plan

Der Davignon-Plan ist der zur Zeit sichtbarste Ausdruck der gegen die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen gerichteten Politik der Europäischen Gemeinschaft. Der Davignon-Plan besteht aus einem ganzen Bündel von Maßnahmen zur Abwälzung der Lasten der Krise auf die Werktätigen. Laut Davignon sollen in den nächsten Jahren innerhalb der EG im Stahlbereich 140.000 Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Wenn es den Monopolen gelingt, diesen Plan in die Tat umzusetzen, werden ganze Regionen veröden, wie z. B. das Saarland oder die Lorraine in Frankreich. Gleichzeitig legt der Plan Mindestpreise für Stahl fest, die den Monopolen zusätzliche hohe Profite garantieren. Kein Wunder also, daß zum Beispiel der Umsatz des

sche Gemeinschaft“ den Werktätigen in Stadt und Land denn gebracht? Was wird sie den Werktätigen der Länder bringen, die ihr beitreten wollen?

Mehr wirtschaftliche Sicherheit? Nein, sondern verschärfte Ausbeutung, wachsende Arbeitslosigkeit, steigende Preise, den Ruin von Millionen Bauern.

(Aus der Gemeinsamen Erklärung von marxistisch-leninistischen Parteien Westeuropas).

Klöckner-Konzerns in diesem Jahr um rund 20 % höher liegt als im Vorjahr, daß sich Hoesch allein bei Walzstahl ein Umsatzplus von rund 180 Millionen DM ausrechnet. Und kein Wunder schließlich, daß die Dresdner Bank in ihren Wirtschaftsnachrichten Nr. 3/78 den Davignon-Plan als „Paradebeispiel für die derzeitige europäische Industriepolitik“ feiert. Das sind die Tatsachen und an ihnen muß man die verlogenen Phrasen von der „Humanisierung der Arbeitswelt“, über „Arbeit für alle in einem Europa des sozialen Fortschritts“ messen.

Die SPD behauptet in ihrem Europawahlprogramm frech, für die 35-Stundenwoche einzutreten. Tatsache ist aber, daß



Der europäische Stahlarbeiter blickt sorgenvoll in die Zukunft. 140.000 Arbeitsplätze stehen auf der Abschußliste der EG-Monopole.

während der Tagung des EG-Ministerrates im März dieses Jahres laut einem Bericht der „Frankfurter Rundschau“ auf „deutschen Wunsch Festlegungen auf die 35-Stundenwoche oder andere Reglementierungen unterlassen“ wurden.

Festgelegt hat man sich dagegen auf ganz andere Dinge. So hat zum Beispiel die EG-Kommission Leitlinien für die Wirtschaftspolitik der einzelnen Mitgliedsländer ausgearbeitet. Um den angestrebten „Leistungsbilanzüberschuß von 11 Millionen US-Dollar“ zu erzielen, wird in diesen Leitlinien unverhohlen empfohlen, den Reallohn der Arbeiter zu senken.

So wird etwa den westdeutschen Imperialisten in Bezug auf die Lohnpolitik empfohlen, „die wachstums- und stabilitätspolitischen Notwendigkeiten entsprechend zu berücksichtigen“, also allenfalls geringe Erhöhungen der Nominallöhne zuzulassen. Die Tariffrunden dieses Jahres haben gezeigt, daß sich nicht nur die Kapitalisten sondern auch die Führungen der DGB-Gewerkschaften an diese Empfehlungen gehalten haben.

Die französischen Imperialisten sollen „verstärkte Anstrengungen“ unternehmen, „um einen übermäßigen Einkommensanstieg zu verhindern“. In Britannien, so erklärt die Kommission, „muß sich der Lohnauftrieb ebenfalls deutlich verlangsamen“. Und schließlich hängt nach Meinung der Kommission die „Konsolidierung“ der italienischen Wirtschaft von einer „strikten Einkommenspolitik“ ab.

Die Europäische Gemeinschaft erweist sich also in jeder Beziehung als gegen die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen der Mitgliedsländer gerichteter Zusammenschluß der Monopole. Ziel dieses Zusammenschlusses ist, die besten und geeignetsten Methoden für die verstärkte Ausbeutung und Ausplünderung der Völker herauszufinden, um den Monopolen die höchstmöglichen Profite zu sichern.

Die Haltung des DGB

Nehmen wir schließlich die Haltung der Spitzen des DGB zur Europäischen Gemeinschaft unter die Lupe. Schließlich kandidieren Vetter, Loderer und Hauenschild auf der Liste der SPD zu den Europawahlen mit dem Versprechen, sich für ein Europa des „sozialen Fortschritts“ einzusetzen. Wer aber wirklich ein Europa des sozialen Fortschritts will, der darf, wie wir gesehen haben, keinesfalls die Europäische Gemeinschaft grundsätzlich befürworten und verteidigen. Gerade das aber hat die Führung des DGB von Anfang an getan und sie tut es auch heute noch.

Die Führer des DGB traten dabei von Anfang an ganz offen als Fürsprecher der deutschen Imperialisten auf, die nach dem Kriege hofften, mit Hilfe des „vereinten Europa“

wieder auf die Beine zu kommen und die mit allen Mitteln danach strebten, die Herrschaft des Kapitals zumindestens in Westdeutschland aufrechtzuerhalten.

So beklagt sich etwa der DGB-Funktionär Heinz Potthoff in einer 1965 erschienenen Broschüre über die Montanunion ganz offen über die alliierten Pläne, die deutschen Monopole zu entflechten: „Die deutsche Montanindustrie, das heißt der Kohlenbergbau und die Eisen- und Stahlindustrie, ist in vielen Jahrzehnten entstanden. Ihre Unternehmen wuchsen allmählich zu Einheiten zusammen, die von den Zechen und den Hüttenwerken gebildet wurden. Sie haben dem Auf und Ab der Wirtschaftsschwankungen vor allem infolge dieses Verbundes widerstanden.“ Eine wahrhaft offene Parteinahme für die Stahl- und Kohlebarone von der Ruhr, die Hitler finanziert und an die Macht gehieft hatten und an deren Händen das Blut der Millionen Opfer des zweiten Weltkrieges klebte.

Vertreter des DGB wie Rosenberg, Brenner, Hölkeskamp, Arendt, Michels und andere waren es auch, die im Beratenden Ausschuß der Hohen Behörde der Montanunion die Pläne für das massenhafte Zechensterben in westeuropäischem Maßstab mitausarbeiteten, dem allein in der Bundesrepublik über 100 Zechen zum Opfer fielen.

Und auch heute ist die Gewerkschaftsführung ein willfähriger Erfüllungsgehilfe der EG-Monopole. So hat schließlich Loderer selbst erklärt: „Wo eine Kapazität langfristig nicht mehr sinnvoll ist, dort wird sich die IG Metall einem Abbau nicht widersetzen.“ Jeder mag selbst ermesen, was das angesichts des Davignon-Planes zum Beispiel für die Stahlarbeiter bedeutet. Denn die 140.000 Arbeitsplätze, die nach diesem Plan in den nächsten Jahren wegrationalisiert werden sollen, sind eben für die EG-Monopole „langfristig nicht mehr sinnvoll“.

Die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen können die Europäische Gemeinschaft, das Europa der Monopole, nicht unterstützen. Die Interessen und Forderungen der Werktätigen können, wie es in der Erklärung mehrerer westeuropäischer marxistisch-leninistischer Parteien heißt, nur im Kampf gegen die Europäische Gemeinschaft durchgesetzt werden. In diesem Sinn handelten die Stahlarbeiter in Longwy, die die Parole „Aktionseinheit mit den Kumpeln an der Ruhr!“ ausgaben.

Die „Befreiung des Menschen von jeglicher Ausbeutung, Abhängigkeit und Not“, die die SPD demagogisch in ihrem Europa-Programm verspricht, wird nicht durch die Europäische Gemeinschaft, das Europa der kapitalistischen Monopole verwirklicht. Dieses Ziel kann nur durch die proletarische Revolution, durch den Aufbau des Sozialismus, erkämpft werden.



Die Stahlarbeiter setzen sich gegen die Pläne der europäischen Monopole zur Wehr. 5.000 Kollegendemonstrierten in Neunkirchen gegen die Pläne des Arbed-Konzerns.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Am 24. April 1979 fand in Frankfurt eine Veranstaltung mit mehr als 350 DGB-Gewerkschaftlern statt, zu der die von Ausschluß- und Gerichtsverfahren bedrohten Vertrauensleute der ÖTV-Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek eingeladen hatte. (Bericht über den Fall: Seite 1 oben). Sie stand unter dem Motto: „Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht!“ Folgende Resolution wurde dort bei zwei Enthaltungen angenommen:

Resolution

„Die 350 Teilnehmer der heutigen Veranstaltung zum drohenden Ausschluß der sieben gewählten Vertrauensleute der ÖTV-Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek haben mit Empörung zur Kenntnis genommen, mit welcher brutalen Mitteln die Gewerkschaftsbürokratie gegen die Vertrauensleute und die Betriebsgruppe vorgeht.“

Sie fordern die unverzügliche Einstellung des laufenden Ausschlußverfahrens, die Aufhebung des Funktionsverbotes und die unverzügliche Einstellung des gegen die sieben Vertrauensleute ange-

strengten Gerichtsverfahrens. Die Veranstaltungsteilnehmer nehmen nicht hin, daß eine aktive Betriebsgruppe vom ÖTV-Apparat zerschlagen werden soll.

Deshalb fordern sie uneingeschränkte Meinungsfreiheit für alle Gewerkschafter in der ÖTV und in allen anderen Einzelgewerkschaften des DGB.“

(Eine Broschüre zu diesem Fall kann man zu einem Unkostenbeitrag von 2 Mark bei folgender Adresse anfordern: Friedhelm Knipping, Gräfestraße 71, 6 Frankfurt 90)

Tarifrunde Textil und Bekleidung

Im März hatten die Führer der Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB) über die Köpfe der Gewerkschaftsmitglieder hinweg die diesjährigen Forderungen beschlossen. Sie lauten: Erhöhung der Löhne und Gehälter um 6,2 Prozent und Verlängerung des Jahresurlaubs auf sechs Wochen. Angesichts des äußerst niedrigen Lohnniveaus in dieser Branche, wo vorwiegend Frauen arbeiten, ist diese Forderung mehr als unzureichend.

Seit 1973 wurden über 200 000 Arbeitsplätze vernichtet und das Tempo der Rationalisierung nimmt eher zu. Trotzdem dachten die Bonzen nicht daran, die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit zu fordern. Daß die 7. Frauenkonferenz im November 1977 oder die 5. Angestelltenkonferenz der GTB im Januar 1978 Maßnahmen zur Ar-

beitszeitverkürzung gefordert hatte, interessierte die Bonzen offensichtlich wenig.

Das Unternehmerangebot beläuft sich auf eine Anhebung der Löhne und Gehälter um 4 Prozent. Zur Zeit schlagen sie eine Verschleppungstaktik ein. Das hat eine Welle von Warnstreiks ausgelöst:

Am Dienstag, den 15. 5. legten in den Tarifbezirken Nordrhein, Baden-Württemberg und Südbayern 15 000 Arbeiter und Angestellte die Arbeit nieder.

Am Mittwoch, den 16. 5. wurde in 18 Betrieben von insgesamt 4 000 Kollegen, vorwiegend Frauen, die Arbeit niedergelegt.

Ein Europatreff der Bonzen

Vom 14. bis 18. Mai tagte in München der Kongreß des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). Der 1973 gegründete EGB ist ein Zusammenschluß von 33 Gewerkschaftsbünden aus 18 europäischen Ländern, deren Führungen allesamt im Sold des Kapitals stehen, deren Aufgabe es ist, die Arbeiterklasse an den Kapitalismus zu ketten.

Gegenwärtig gibt es in Westeuropa über sieben Millionen offiziell registrierte Arbeitslose; 40 Prozent davon sind unter 25 Jahren. Hunderttausende von Jugendlichen haben keinerlei Berufsperspektive. Auch auf europäischer Ebene sind die Frauen besonders hart von der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage betroffen.

„Ohne inneren Zusammenhalt und erstickt in der Bürokratie arbeitet der EGB im Zeitlupentempo und ohne Strategie“, konnte man letzte Woche selbst in der bürgerlichen Presse lesen. Viele Kollegen kennen den EGB überhaupt nicht, denn er ist nie durch Kampfkaktionen hervorgetreten. Seine Stärke liegt ähnlich wie die des neu zu wählenden europäischen Parlaments im „Sprüche kloppen“. Vom Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit ist die Rede; die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich soll eingeführt werden. Demagogisch drohte DGB-Chef Vetter, dessen Amtszeit als EGB-Präsident auf diesem Kongreß

zuende ging, dem europäischen Unternehmertum mit Kampfaktionen.

Ein Blick auf die letzte Tarifrunde in unserem Land genügt, um zu begreifen, was von diesem Geschwätz zu halten ist. Gewerkschaftsführer, die sich im eigenen Land mit aller Macht einem echten Einstieg in die 35-Stunden-Woche widersetzen haben, die den Streik der westdeutschen Stahlarbeiter verraten haben, werden sich wohl schwerlich auf europäischer Ebene gerade für die Ziele einsetzen, als deren Gegner sie im eigenen Land auftreten.

Als Kollegen von Mannesmann-Huckingen / Duisburg sich in die riesige Kampfdemonstration in Paris einreihen, die im April stattfand, setzten sie den kämpferischen Zusammenschluß europäischer Arbeiter in die Tat um, der vom Geist des proletarischen Internationalismus geprägt ist. Die Union der Bonzen im EGB ist gegen die Interessen der europäischen Arbeiterklasse gerichtet.

Druck auf kranke Kollegen verschärft sich

Im Zuge des verschärften Rationalisierungsterrors, der gesteigerten Arbeitshetze und des immer größeren Anwachsens des Arbeitslosenheeres verschärft sich auch der Druck der Kapitalisten auf die kranken Kollegen. Haben wir allenfalls noch das Recht, unsere Gesundheit den Profiten der Unternehmer zu opfern, so werden wir dann wie alter Schrott beiseitegeschoben. Im folgenden zwei Beispiele.

Bist du krank — kannst du gehn!



(Aus der Betriebszeitung der KPD/ML für die Zeche Ewald in Recklinghausen)

Auf der letzten Belegschaftsversammlung bekam man seltsame Töne von dem Betriebsratsvorsitzenden Hückelkamp zu hören. Grund zur Besorgnis gebe die Tatsache, daß besonders junge Belegschaftsmitglieder unter 25 Jahren immer mehr krankfeiern. Hier würde die günstige Regelung der Lohnfortzahlung auf Kosten anderer ausgenutzt.

Was soll die Hetze gegen kranke Kumpel? Man muß sich doch fragen, was Hückelkamp damit bezweckt, es ist doch klar, daß die Lohnfortzahlung für die ersten sechs Wochen von der RAG bezahlt wird. Wer hat denn einen Vorteil dadurch, wenn weniger Kumpel krankfeiern, wenn kranke Kumpel aus Angst vor einer Kündigung arbeiten gehen? Einen Vorteil haben einzig und allein die RAG-Kapitalisten, und sie betreiben diese Hetze und Einschüchterung systematisch.

So empfahl schon vor Jahren der Bundesbeauftragte für den Steinkohlbergbau den Personaldirektoren, kranke Kumpel zuerst an einen anderen Arbeitsplatz zu versetzen, dann zu verwarnen und dann zu entlassen. Dieses System wird schon seit langem auf Ewald praktiziert. So werden immer öfter kranke Kumpel zum Personalchef bestellt, dort durch verhörrartige Methoden eingeschüchtert und mit Kündigung bedroht. Nicht selten kommt es vor, daß Kumpel, die länger krank waren, entlassen werden. **Kumpels, laßt euch das nicht gefallen!**

Die Ursachen

Es ist doch nicht unsere Schuld,

Oberhausen

Glashütte macht dicht

Spätestens am 30. Juni dieses Jahres wird die Firma „Oberhausener Glashütten“ ihre Tore schließen. Nur ein geringer Teil der 180 Beschäftigten hat bereits eine neue Stelle in Aussicht. Rosige Aussichten für die Kolleginnen und Kollegen bei einer Arbeitslosenquote von mehr als 6 Prozent im Ruhrgebiet.

Besonders hart betroffen sind die Frauen und die über 50-jährigen Kollegen. Sie haben so gut wie keine Chance, eine neue Stelle zu finden. Außerdem ist die Lohnauszahlung für Juni höchst ungewiß.

„Ich kann nur jedem raten, jede einigermaßen angemessene Stellung sofort anzunehmen. Die Kündigungsfrist bei der Glashütte braucht nicht eingehalten zu werden.“ Diese Worte fielen auf einer Informationsversammlung in der Gaststätte „Zur Stadt Oberhausen“. Vor-

wenn man krank wird, es ist doch nicht unsere Schuld, wenn Unfälle passieren. Es liegt doch einzig und allein daran, daß die Produktionsweise auf Ewald dazu führt. So ist in einem Jahr die MS-Leistung um 499 Kilogramm gesteigert worden; andererseits ist die Belegschaft um 200 gesenkt worden. Weniger Kumpels — mehr Leistung! Dadurch steigert sich die Arbeitshetze, und dadurch entsteht oft eine Situation, in der Sicherheitsbestimmungen nicht mehr beachtet werden können.

Durch Arbeitshetze und Rationalisierung steigt der Profit der RAG-Kapitalisten. „Fünftonnen-Grenzdurchbruch“, so jubeln sie, bis 1985 wollen sie die Förderung auf acht Tonnen hochschrauben. Das ist die eine Seite, aber wie sieht es mit der anderen aus?

Überall wird Material eingespart, immer noch gibt es zuwenig Sicherheitshäuser; ab und zu fehlen Bremsen; Reparaturen werden verschoben.

Folgendes Schreiben erhielt ein Kollege von seiner Firma, der seit 26. 10. 1978 mit einer Wirbelsäulenverletzung, die er

weil Kohle kommen muß. Auf R 2 fehlen dann oft noch am Wochenende Sanitäter. Daher kommen die Unfälle, daher kommen die Krankmeldungen. Und nicht Selbstverschulden, wie die RAG-Bosse es uns gern einreden möchten. Kohle muß kommen. Das ist ihre Devise. Daß Unfälle passieren, haben sie mit einkalkuliert. So rechnen sie von vornherein mit einem Fehlschichtenstand von 12 Prozent für Kranke.

Betriebsräte wie Hückelkamp, die gegen kranke Kumpel hetzen, oder Betriebsräte wie Heinrich, die die Verantwortung für Unfälle den Kumpeln in die Schuhe schieben wollen, haben sich damit schon seit langem zu Handlangern der RAG-Kapitalisten gemacht. Treten wir dieser Hetze entgegen, gegen Bosse und Bonzen: Wir fordern: **Schluß mit der Kündigung kranker Kumpel! Mehr Sicherheit unter und über Tage!**

sich bei einem Gabelstaplerunfall zugezogen hatte, krankfeierte.

MOLAN-WERK E. DITTRICH
GmbH & Co.
Kommanditgesellschaft

molan

MOLAN-WERK E. DITTRICH, POSTFACH 10210, 4600 ESSEN 1

Vorname und Nachname	Bremer, Schützengasse 10, 4600 Essen 1
Versendung	Bremer, Schützengasse 10, 4600 Essen 1
Postfach	Postfach 10210, 4600 Essen 1
Telefon	0201 40000
Telegraphen-Adresse	CHOLAN (P) ESSEN
Briefkasten	Bremer-Schützengasse (Krankmeldung) Postfach 10210 - Essen 1
Korrespondenz	Heiz Kurtz
Durchwahl	0201 400 823

Sehr geehrter Herr

Sie fehlen seit dem 26.10.78 wegen Krankheit.

Aufgrund der Tatsache, daß wir wegen eines sehr hohen Krankenstandes in der Produktion nicht unsere Aufträge erfüllen können, sind wir gezwungen, drastische Maßnahmen zu ergreifen. Dieses bedeutet, daß wir uns verstärkt dafür interessieren müssen, wer wirklich krank ist und wer sich nur krank schreiben läßt.

Von Mitarbeitern, die sich nur krank schreiben lassen, müssen wir uns trennen, dann wir können es uns nicht leisten, durch die Verhaltensweise „dieser“ Mitarbeiter die Arbeitsplätze der anderen zu gefährden.

Wir erwarten umgehend Ihre Information. Ein Freiumschlag liegt bei.

Tarifabschluß Wohnungswirtschaft

Gehälter und Ausbildungsvergütung der rund 50 000 Beschäftigten der Wohnungswirtschaft wurden um 4,5 Prozent erhöht. In diesem und im nächsten Jahr gibt es je einen Tag mehr Urlaub.

Warnstreiks bei Thyssen-Henschel in Kassel

In der vergangenen Woche legten bei Thyssen-Henschel in Kassel in der Halle M 45 die Kollegen für mehrere Stunden die Arbeit nieder. Die Kampfaktion richtete sich gegen einen von der Geschäftsleitung durchgeführten Prämienabbau. Vielfach kommt es vor, daß die Unternehmer Erhöhungen des Tariflohns durch entsprechenden Abbau außertariflicher Zulagen „ausgleichen“. Der Warnstreik wurde von den Kollegen der Frühschicht ausgelöst. Zwischen Frühstück- und Mittagspause ruhte die Arbeit.

Hauenschild spricht Klartext

„Die deutschen Gewerkschaften sind keine Klassenkampforganisationen. Sie sind nicht als Klassenkampforganisationen gegründet worden und haben auch niemals Klassenkampfprogramme gehabt.“ (Der IG Chemie-Chef in einem Interview mit der DGB-Zeitung „Welt der Arbeit“ über den EGB)

Arbeitsplatzvernichtung

Die IG Chemie rechnet in ihren Bereichen im nächsten Jahrzehnt mit der Vernichtung von weiteren 180 000 Arbeitsplätzen durch Umstellung auf elektronisch gesteuerte Produktionsabläufe und Kapitalkonzentration auf internationaler Ebene.

Arbeitsamtchef Stingl sah sich angesichts der Verschärfung der kapitalistischen Krise gezwungen, die Sorge wegen der massiven Arbeitsplatzvernichtung als „begründet und berechtigt“ hinzustellen. Versuchte er früher noch, eine Berufsausbildung als Garantie für einen Arbeitsplatz hinzustellen, so mußte er Mitte Mai zugeben, daß sie kein „absoluter Schutz“ vor Arbeitslosigkeit sei.

Umweltschutz sichert Arbeitsplätze

Der Bundesverband der Industrie (BDI) beauftragte ein Wirtschaftsforschungsinstitut, den Zusammenhang zwischen Umweltschutz und Arbeitslosigkeit zu untersuchen. Das Forschungsergebnis allerdings fiel anders aus, als es der Auftraggeber erwartet hatte. Es widerlegte nämlich die Unternehmerrlüge, daß wir im Interesse unserer Arbeitsplätze eine verschmutzte Umwelt in Kauf nehmen müssen. Insgesamt 200 000 Arbeitsplätze seien im Jahre 1975 dem Umweltschutz zu verdanken, nächstes Jahr werden es wahrscheinlich 250 000 sein. Außerdem fand das Institut heraus, daß die Kosten für Umweltschutz im Vergleich zu anderen Kostenfaktoren kaum spürbar sind.



Westdeutsche Gewerkschaftsführer (hier Loderer, Kluncker, Vetter, von links): für Europa die 35-Stunden-Woche gefordert; im eigenen Land 40-Stunden-Woche festgeschrieben.



200 000 Arbeiter wurden 1978 von den Unternehmen ausgesperrt; über 1,5 Millionen seit Bestehen der Bundesrepublik • Die Aussperrung ist ein reaktionärer Angriff auf das Streikrecht und die Koalitionsfreiheit der Arbeiterklasse. Eine unverhüllte und rücksichtslose Machtdemonstration der Unternehmer • Seit vielen Jahrzehnten kämpft die Arbeiterbewegung gegen die Aussperrung • Der letzte Bundeskongress des DGB hat erneut ihr Verbot gefordert • Eine Meinungsumfrage in diesem Jahr ergab: 60 Prozent der Bevölkerung sind gegen die Aussperrung; 80 Prozent für das uneingeschränkte Streikrecht • Das ist eine eindeutige Willensbekundung unseres Volkes • Für das gesetzliche Verbot der Aussperrung!

Die Aussperrung hat Geschichte

Daß die Unternehmer Arbeiter aussperrten, um sie so zur Aufgabe ihres Kampfes für ihre Interessen zu zwingen, ist keine Erscheinung unserer Tage. Die Aussperrung als unverhüllte und skrupellose Machtdemonstration der Unternehmer gegen die Arbeiterbewegung hat Geschichte.

1889

In Paris gründet sich die II. Internationale. Sie beschließt, daß der 1. Mai der internationale Kampftag der Arbeiterklasse sein soll. In zahlreichen Städten Deutschlands treten daraufhin am 1. Mai 1890 die Arbeiter in den Streik.

In Hamburg, wo die Arbeiter fast geschlossen dem Aufruf der II. Internationale folgen, spitzt sich der Kampf besonders zu. Der Unternehmerverein Hamburg-Altona ruft auf, die Betriebe zu schließen. Vom 2. Mai an sind alle Hamburger Arbeiter ausgesperrt. Mit dieser Maßnahme wollen die Unternehmer die Arbeiter und ihre Familien wirtschaftlich strafen. Aber sie wollen noch mehr. Sie wollen erreichen, daß die Arbeiter, die am 1. Mai die Stärke der Arbeiterbewegung gespürt haben, zu Kreuze kriechen, nicht als Sieger, sondern als Besiegte in die Betriebe zurückkehren, in dem Bewußtsein, von den Kapitalisten abhängige Lohnsklaven zu sein. Kurz: Sie wollen ihre Macht demonstrieren.

Diese erste Massenausperrung in der Geschichte des Kapitalismus ist eine offene Kampfansage der Unternehmer an die organisierte Arbeiterbewegung und ihre revolutionären Ziele. Und als solche wird sie auch von den deutschen Arbeitern verstanden, die im ganzen Reich Solidaritätsaktionen zur Unterstützung der Hamburger Arbeiter durchführen und ausgehend von den Erfahrungen dieses Kampfes beschließen, die bestehenden Gewerkschaften unter einer einheitlichen Führung zusammenzufassen, um so in Zukunft schlagkräftiger und organisierter gegen das Kapital kämpfen zu können.

Wiederholt versuchen die Unternehmer nach diesem 2. Mai 1890 die kämpfenden Arbeiter durch Aussperrungsterror in die Knie zu zwingen. Zu einer bis dahin in Deutschland beispiellosen Welle von Massenausperrungen kommt es dann im Jahre 1924

1924

Nach der Niederlage der revolutionären Arbeiterbewegung

im Jahre 1923 marschiert in Deutschland die Reaktion. Tausende klassenbewußter Arbeiter sind im Gefängnis. Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel sind untersagt. Die KPD ist verboten. Es herrscht Ausnahmezustand. Mit allen Mitteln versucht das Finanzkapital seine wirtschaftliche und politische Macht zu stabilisieren.

„Mehrarbeit“ heißt die Devise, um die Ausbeutung der Arbeiterklasse noch mehr zu verschärfen. Die Regierung gibt durch eine Notverordnung grünes Licht für die Aufhebung des 8-Stunden-Tages und die Unternehmer setzen die Arbeitszeitverlängerung bei den in diesem Jahr anstehenden Tarifverhandlungen mit hemmungslosem Aussperrungsterror durch.

Die Metallarbeiter in Berlin sind die ersten, denen die Unternehmer den 9-Stunden-Tag aufzwingen wollen. Als es Ende 1923 zu ersten Protesten in einzelnen Betrieben kommt, sperren die Unternehmer Anfang Januar 1924 sofort rücksichtslos 150.000 Metallarbeiter aus. Genauso brutal gehen sie gegen die Metallarbeiter im rheinisch-westfälischen Gebiet vor und gegen die Werftarbeiter in Norddeutschland. Als im März 18.000 Arbeiter von BASF gegen die geplante Einführung des 9-Stunden-Tages protestieren, bleibt es nicht bei der Aussperrung. Polizei überfällt die Arbeiter, die vor den ver-



Ausgesperrte Chemiarbeiter in Ludwigshafen, März 1924.

schlossenen Betriebstoren stehen. Vierzig von ihnen werden verletzt, fünf getötet.

Seinen Höhepunkt erreicht der Aussperrungsterror der Unternehmer, als die Bergarbeiter für die Verteidigung der 7-Stunden-Schicht in den Kampf treten. Nachdem Teilaussperrungen nicht vermögen, die Kumpel einzuschüchtern, sperren die Kohleherren schließlich fast 500.000 Kumpel im Ruhrgebiet, in Sachsen und in Oberschlesien mehrere Wochen lang aus. So brechen die Unternehmer mit der Aussperrung von insgesamt weit über einer Million Arbeitern, gestützt auf die reaktionäre Regierung und die verräterischen Gewerkschaftsführungen, den Widerstand der Arbeiterklasse gegen die Verlängerung des Arbeitstages, versu-

chen sie mit Hilfe des Aussperrungsterrors die „Ruhe und Ordnung“ in den Betrieben herzustellen, die sie zur Sicherung und Steigerung ihrer Profite brauchen.

1928

Die Unternehmer haben in den letzten Jahren riesige Profite gemacht. Jetzt aber kündigen sich die ersten Anzeichen einer neuen, scharfen Wirtschaftskrise an. Der Klassenkampf hat sich verschärft. Die Arbeiter fordern höheren Lohn und teilweise auch die Wiedereinführung des 8-Stunden-Tages. Das Finanzkapital will die Kämpfe der Arbeiter im Keim ersticken, zum einen, um seinen gigantischen Rationalisierungsfeldzug gegen die Arbeiterklasse durchsetzen zu können; zum anderen, weil ihm die revolutionären Kämpfe von 1918 und 1923 noch in den Knochen stecken, und es einen erneuten revolutionären Ansturm der Arbeiterklasse fürchtet. Und wieder soll die Ruhe in den Betrieben mit dem Aussperrungsterror hergestellt werden. Es kommt zu einer Welle von Massenausperrungen in der Metall-, Textil- und Werftindustrie. Worum es den Unternehmern ging, zeigt sich besonders deutlich im Ruhrgebiet. Die Stahlarbeiter forderten 15 Pfennig mehr Lohn und die Wiedereinführung des 8-Stunden-Tages. Die Gewerkschaftsführung verhinderte, daß für diese Forde-

rungen gestreikt wurde. Sie versteifte sich auf Schlichtungsverhandlungen. Der staatliche Schiedsspruch, zu dem es daraufhin kam, sah 2 Pfennig mehr Lohn vor. Die Arbeitszeit sollte nicht verkürzt werden. Zur damaligen Zeit waren staatliche Schiedssprüche verbindlich.

Trotzdem und obwohl dieser Schiedsspruch die Forderungen der Stahlarbeiter nicht im geringsten erfüllt, lehnten die Ruhrindustriellen ihn ab und sperrten am 1. November 213.000 Stahlarbeiter aus. Die Vorstände des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände stellten sich hinter die Stahlindustriellen.

Damit war klar: Hier ging es nicht um eine reine Tarifangelegenheit in der Stahlindustrie. Hier ging es auch nicht um die 2 Pfennig. Hier ging es vielmehr darum, daß die deutsche Kapitalistenklasse den Klassenkampf in den Betrieben ersticken, die Arbeiterbewegung in ihrem Kern treffen wollte.

Die KPD sah die Bedeutung dieser Auseinandersetzung und leistete eine gewaltige Arbeit, um den Kampf gegen die Aussperrung an der Ruhr zu organisieren. Die Solidarität mit den Stahlarbeitern, die Empörung über den Aussperrungsterror der Stahlkapitalisten war so groß, daß schließlich sogar der Reichstag beschließen mußte, die Ausgesperrten finanziell zu unterstützen. Trotzdem erlitten die Stahlarbeiter eine Niederlage. Denn statt den Kampf gegen die Aussperrung zu organisieren, führten die Gewerkschaftsbonzen Geheimverhandlungen mit den Stahlkapitalisten und vereinbarten eine Sonderschlichtung durch den Sozialdemokraten Carl Severing. Jeder Protest gegen das Ergebnis dieser Schlichtung, die den Interessen der Stahlkapitalisten noch mehr entgegenkam, wurde von den Führern des ADGB und des DMV erstickt.

Wir wissen heute, daß es die Stahlindustriellen an der Ruhr und die anderen Herren des deutschen Finanzkapitals nicht bei dem Aussperrungsterror in den Betrieben belieben, um ihre Macht gegen den weiter anwachsenden Klassenkampf des Proletariats zu verteidigen. Sie, die bereits 1928 begannen, Hitlers NSDAP mit finanziellen Zuwendungen hochzupäppeln, sorgten dafür, daß nach und nach alle demokratischen Rechte des Volkes abgebaut und schließlich der Faschismus, die nackte, terroristische Gewaltdiktatur über die Arbeiterklasse und das ganze deutsche Volk errichtet wurde. So zeigt ein Blick auf die Geschichte der Aussperrung vor dem zweiten Weltkrieg, daß die verstärkte Anwendung des Aussperrungsterrors gegen die Arbeiter ein Alarmzeichen ist. Sicher, sie wurde und wird bei Tarifausschreitungen angewandt. Aber sie ist für die Unternehmer nicht nur ein Mittel, um Tarifausschreitungen für sich zu entscheiden. Wenn die Unternehmer zu Massenausperrungen übergingen, dann immer, um der deutschen Arbeiterklasse einen entscheidenden Schlag zu versetzen, um den Klassenkampf überhaupt zu ersticken. Sei es 1924, wo in Deutschland die Reaktion marschierte und die demokratischen Rechte der Werktätigen weitgehend abgebaut waren; sei es 1928, wo die Massenausperrungen den Auftakt für den radikalsten Abbau der demokratischen Rechte, für die Errichtung der faschistischen Diktatur, bildeten.



Einige hundert Arbeiter und Angestellte des Bereichs Weiterverarbeitung der Hoesch-Phoenix-Werke demonstrierten am 14. 5. in Dortmund-Hörde gegen die geplante Vernichtung von 600 Arbeitsplätzen.

Gegen Stilllegungspläne: Hunderte Hoesch-Arbeiter demonstrierten

RGÖ-Betriebsräte: Ein klares Nein zu den Plänen.

Die Pläne der Hoesch-Kapitalisten, durch Betriebsschließungen 600 Arbeitsplätze zu vernichten, haben Empörung unter den Belegschaften der drei Dortmunder Hoesch-Werke Westfalenhütte, Phoenix und Union hervorgerufen (s. RM 19/79).

Nachdem die Vertrauensleuteleitungen gegen die Pläne protestiert hatten und eilig Belegschaftsversammlungen für die Westfalenhütte und Phoenix einberufen worden waren, marschierten am 14. 5. mehrere hundert Kollegen der Weiterverarbeitung von Phoenix zunächst zum Gewerkschaftshaus und dann zur Belegschaftsversammlung, wo sie ihren Protest bekundeten und forderten: Keine Stilllegung!

Die Hoesch-Vorstandsmitglieder Dr. Kettler und Heese wurden von den Kollegen ausgebuht. Anklänge fanden die Ausführungen, mit denen Dr. Kettler die Kollegen beschwichtigen wollte, nur bei dem Dortmunder Gewerkschaftssekretär. Viele Kollegen betrachten die Stilllegungspläne, die die Drahtverfeinerung der Westfalenhütte sowie des größten Teils der Weiterverarbeitung von Phoenix betreffen, als eine Verwirklichung der von Vorstandsmittglied Rohwedder angekündigten Aktion „Abhacken der fußkranken Betriebe“.

Wenn auch den betroffenen Kollegen die Weiterbeschäftigung bei Hoesch versprochen worden ist, so droht doch den 224 hochqualifizierten Facharbeitern, Drehern, Fräsern, Schlossern und Schweißern die Abstufung auf schlechter bezahlte Arbeitsplätze. Man weiß ja auch schon, daß weitere Betriebe auf der Abschußliste stehen, so daß sich die Arbeitsplatzsituation dann noch mehr verschärft.

Empörend ist das Verhalten der Betriebsratsspitzen. Die Betriebsratsspitzen der drei Hoesch-Betriebe sowie ihre Stellvertreter hatten bereits einen Tag vor der Diskussion im Betriebsrat eine erste Stellungnahme herausgegeben. Darin findet sich kein Wort des Protestes gegen die geplante Stilllegung. Stattdessen heißt es dort u.a.: „Die Betriebsräte werden die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat bitten, an einen derartigen Beschluß die Auflage an den Vorstand zu binden, Sozialpläne zur Abwendung unzumutbarer Härten zu entwickeln und mit den Betriebsräten zu vereinbaren.“

Es hat sich auch herausgestellt, daß die Betriebsratsspitzen sich zu einer Geheimhaltungspolitik haben verpflichten lassen, so daß die Schließungspläne erst jetzt bekannt wurden. Die Durchführung dieser Pläne soll jetzt in zwei bis vier Wochen über die Bühne gezogen sein.

Im Betriebsrat von Union waren es nur die drei RGÖ-Betriebsräte, die für ein klares Nein zu den Stilllegungen eintraten. Sie vertraten dabei folgenden Standpunkt:

Der im sechswöchigen Streik geführte Kampf zur Erhaltung der Arbeitsplätze muß fortgeführt werden. Stilllegungen ohne neue Arbeitsplätze gehen allein auf Kosten der Belegschaft, erhöhen die Arbeitslosigkeit in Dortmund und dienen der Gewinnmaximierung. Deshalb ist es die erste Aufgabe des Betriebsrats und der Gewerkschaft, durch Aktionen und Proteste alles zu versuchen, um die Arbeitsplätze zu retten. Von vornherein zu sagen, die Stilllegung ist unvermeidbar, ist reine Kapitulation. Wenn wir uns heute nicht wehren, kommt es morgen noch dicker!

Die Stilllegungspläne haben auch unmittelbar für die nicht von der Stilllegung betroffenen Kollegen Folgen. Um Arbeitsplätze für die von der jetzigen und späteren Stilllegungen betroffenen Kollegen freizuhalten, ist jetzt praktisch ein Einstellungsstopp bei Hoesch verfügt worden. Das bedeutet, daß für einen Zeitraum bis etwa Jahresende die freigehaltenen Arbeitsplätze durch die Mehrarbeit der übrigen Kollegen ausgefüllt werden müssen. Vermehrte Überstunden werden die Folge sein.

Der ganze Zynismus dieser Ausbeutungsmühle kommt in der Tatsache zum Ausdruck, daß auf der einen Seite Betriebe stillgelegt werden und auf der anderen Seite die Produktion weiter erhöht wird. Für den Monat Mai ist die Produktion von 522.000 Tonnen Rohstahl geplant. Das sind fast schon Zahlen, wie sie während der Hochkonjunkturjahre 1973/74 erreicht wurden!

Vor 30 Jahren, am 8. Mai 1949, wurde das sogenannte Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verabschiedet. Am 23. Mai 1949 trat es in Kraft. Die Spaltung Deutschlands war damit besiegelt. Die Weichen waren gestellt für eine Entwicklung, die das deutsche Volk damals wie heute

unheilvoll belastet. In einer Artikelserie befaßt sich der „Rote Morgen“ mit der Vorbereitung und Gründung des westdeutschen Separatstaats. In einem ersten zweiteiligen Artikel untersuchten wir Hergang und Hintergründe der Spaltung Deutschlands (siehe RM 19 und 20/1979).

30 Jahre Bundesrepublik

Das Märchen von den 40 Mark

Ohne die separate Währungsreform in den drei westlichen Besatzungszonen hätte es die Bundesrepublik, deren 30jähriges Bestehen gegenwärtig mit großem propagandistischem Aufwand begangen wird, nicht gegeben. Die Währungsreform am 20. Juni 1948 zerriss wirtschaftlich Deutschland in zwei Teile, stärkte die Macht der Kapitalisten enorm und schuf die finanzpolitischen Voraussetzungen für die Gründung des Bonner Staates.

Von den Apologeten der deutschen Bundesrepublik ist die Währungsreform im Laufe der Jahre mit allerlei Märchen und Legenden umrankt worden. Besonders beliebt dabei die Legende von den 40 Mark. Danach hätte 1948 jeder West-

deutsche mit nichts als den 40 Mark, die er ausgezahlt bekam, angefangen. Mit den 40 Mark hätte der eine sich nun einen Konzern „erwirtschaftet“, der andere hätte es eben nur zu einem Hilfsarbeiter gebracht — je nach „Tüchtigkeit“.

Die Legende von den 40 Mark vertuscht, daß die Währungsreform den Werktätigen ungeheure Lasten aufbürdete, Preissteigerungen und Arbeitslosigkeit. Sie raubte ihnen die letzten Barmittel — 95% der Ersparnisse wurden annulliert —, während sie die in Sachwerten angelegten Kriegsprofite und Schiebergewinne der Kapitalisten unangetastet ließ. Die Werktätigen, die das zerstörte Deutschland enttrümmert und die darniederliegende Wirt-

schaft in Gang gebracht hatten, wurden von den kapitalistischen Profiteuren und ihren Politikern nun um die Früchte ihrer Arbeit betrogen. Nicht wirtschaftliche Chancengleichheit, sondern Betrug und Schieberei stehen an der Wiege zur Bundesrepublik.

Zur Verdeutlichung der geschichtlichen Situation drucken wir im folgenden die Berichte zweier Zeitzeugen ab. Die Erzählung „Der Stempel“ schrieb ein älterer Genosse; die Reportage „Währungsreform und Lebensmittelkrise“ ist aus dem Buch „Der kalte Krieg in Deutschland“ des australischen Journalisten W. G. Burchett entnommen, der von 1945 bis 1946 in Deutschland arbeitete.



Gegen die künstlich aufrechterhaltene Lebensmittelkrise in den Westzonen kam es immer wieder zu Massenprotesten. Im Januar 1948 zum Beispiel streik-

ten in Bayern mehr als eine Million Arbeiter gegen die unzureichende Versorgung.

W. G. Burchett

Lebensmittelkrise und Währungsreform

Deutschland wurde wie mit dem Messer eines Chirurgen in zwei Hälften geteilt, als die Banken der drei westlichen Zonen am Sonntag, dem 20. Juni 1948, jedem der fünfzig Millionen Einwohner der britischen, amerikanischen und französischen Zone fünfzehn neue gegen fünfzehn alte Mark eintauschten.

Die deutsche Bevölkerung ließ sich zuerst durch die unmittelbaren, drastischen Auswirkungen der Währungsreform täuschen. Waren, die seit Jahren nur unter dem Ladentisch gehandelt worden waren, füllten plötzlich die Schaufenster, als am Montagmorgen die Geschäfte geöffnet wurden. Die Wohlhabenden und die Schwarzhändler waren jetzt in der Lage, ihre Geschäfte in aller Öffentlichkeit zu betreiben. Ja, sie waren buchstäblich dazu gezwungen, um etwas von dem neuen, im Anfang streng rationierten Geld zu akkumulieren.

Die Lebensmittelkrise, die es den Vereinigten Staaten ermöglicht hatte, eine vollständige Kontrolle über Westdeutschland zu erlangen, war über Nacht verschwunden. Am Tage nach der Währungsreform wurden viele Arten von Lebensmitteln, darunter Eier, Gemüse und Geflügel, von der Liste der

rationierten Waren gestrichen.

Die Wohlhabenden, die ihre Kriegsgewinne und ihre auf dem schwarzen Markt erzielten Gelder in Verbrauchsgütern investiert hatten, warfen diese nun auf den Markt und waren dadurch in der Lage, die Luxuswaren und Genußmittel, die wie durch einen Zauberschlag in den Geschäften auftaucht waren, offen zu kaufen. Die Arbeiter, die früher ehrlich für das beinahe wertlose alte Geld gearbeitet hatten, waren ebenso schlecht daran wie vorher, mit dem einzigen Unterschied, daß sie sich jetzt die Nase an den gefüllten Schaufenstern platt-drücken konnten. In mancher Hinsicht ging es ihnen schlechter als vorher. Nun, da das Geld einen Wert hatte, aber knapp war, begannen die Massenentlassungen. Die Unternehmer hatten sich den Luxus zahlreicher, billiger Arbeitskräfte leisten können, solange die Entlohnung in wertlosem Papiergeld erfolgte. Aber bald nach der Währungsreform setzten die Entlassungen ein.

Sechs Monate später war die Arbeitslosenziffer in Westdeutschland von Null auf beinahe eine Million angestiegen, und nach achtzehn Monaten hatte sie eineinhalb Millionen überschritten.

Die Schaustellung von Fetten, Geflügel, Niersteiner Wein, von Kuchen mit Schlagsahne, eingemachten Kirschen und Delikatessen aus Belgien, Holland und Amerika in den Geschäften, die in der Düsseldorfer Königsallee aus dem Erdboden schossen, riefen bei den Ruhrarbeitern nichts als Erbitterung hervor. Jetzt sahen sie die Luxusartikel, die sich die Fabrikdirektoren und Schieber auch in den schlimmsten Tagen der Lebensmittelkrise hatten leisten können, zum erstenmal offen zur Schau gestellt.

Das plötzliche Auftauchen von Nahrungs- und Genußmitteln im Überfluß, nachdem man der Bevölkerung unablässig von einer hoffnungslosen Lebensmittelknappheit gesprochen hatte, war eine der erstaunlichsten Auswirkungen der Währungsreform im Westen. Seit den ersten Tagen des Jahres 1946 hatten die Arbeiter diese Lebensmittelknappheit am eigenen Leibe spüren müssen. Sie hatten sich mit ihren Familien durchgehungen. Die Rationen waren von den versprochenen 1.500 Kalorien auf 600 bis 700 Kalorien täglich reduziert worden, und dabei war es lange Zeit geblieben. Während vieler Monate hatten Hunderttausende von Arbeiter-

familien im Ruhrgebiet von ein paar Scheiben Brot und zwei bis drei Kartoffeln täglich gelebt; aber einen Tag nach der Währungsreform erörterte der Wirtschaftsrat in Frankfurt die Aufhebung der Kartoffelrationierung, da in der amerikanischen Zone plötzlich ein Überschuß an Kartoffeln aufgetreten war. Die Bauern konnten auf Grund der laufenden Regierungskäufe nicht rasch genug zu größeren Beträgen der neuen Mark kommen, und so warfen sie nun ihre gehorteten Bestän-

de auf den Markt.

Die Lebensmittelkrise erwies sich als ein gemeiner Schwindel, mit dessen Hilfe sich die Amerikaner die Beherrschung der westlichen Besatzungszonen sicherten und der es General Clay ermöglichte, die Briten hinter sich zu führen und die Deutschen zu versklaven. Dank der Lebensmittelkrise erhielten die Amerikaner acht von den zehn Sitzen in der „Joint Export-Import Agency“ (JEIA), die den westdeutschen Außenhandel in Händen hatte

und die Schlüsselstellung für die Kontrolle der gesamten westdeutschen Wirtschaft darstellte. Die Lebensmittelkrise erhöhte die Schulden Großbritannien bei den Vereinigten Staaten wesentlich. Sie ließ die deutschen Schulden bei den Vereinigten Staaten zu astronomischen Ziffern anwachsen, die nie bekanntgegeben worden sind. Durch sie wird Deutschland auf Jahre, vielleicht für Generationen, an Amerika verpfändet sein.

Der Stempel

Ingolstadt, drei Tage nach der Währungsreform. Ich trete wieder einmal den Weg zum Arbeitsamt an. Dort hole ich mir den Stempel, der mich berechtigt, Lebensmittelmarken zu erhalten, nach dem Motto: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Es stimmt zwar, daß die Schaufenster seit drei Tagen wieder voll sind. Kaum ein Kaufmann verlangt Lebensmittelmarken, wenn man ihm nur das neue bunte Geld aushändigt. Es geht jedoch das Gerücht, daß schon bald wieder eine Verknappung eintreten werde und einem dann das neue Geld ohne Lebensmittelkarten nichts mehr nützt.

Das Arbeitsamt befand sich damals in der Schrankenstraße, über dem Reisebüro. Ich habe diesen Gang. Die Schlange der Wartenden reichte meist vom ersten Stock bis auf die Straße und man mußte endlos warten.

Als ich an diesem Tag am Arbeitsamt anlangte, gleichete es einer belagerten Festung. Tausende von Menschen umlagern das Gebäude und alles drängt zum Eingang hin, wo ein Beamter und ein Polizist nur alle

drei Minuten zehn Leute einlassen. Schöne Aussichten! Ob das Gerücht mit der Verknappung stimmt?

Ich mische mich unter die Menge, erfahre aber zunächst nichts Genaues. Die Menschen reden kaum miteinander. Die meisten sind niedergeschlagen, einige verbittert. Einer sagt: „Bei Hitler hätte es das nicht gegeben.“ Schreie hallen empor: „Halt Dein Maul, Du Nazischwein!“ und „Ohne Deinen Hitler hätten wir die Scheiße ja gar nicht!“

Aus einzelnen Sätzen und Satzketten erfahre ich schließlich, was los ist. Die Leute stehen hier nicht wegen dem Stempel für die Lebensmittelkarten, sondern wegen dem neuen, in Wirklichkeit uralten Arbeitslosenstempel. „So eine Scheiße, endlich gibt es was zu kaufen für das Geld, da schmeißen sie einen hinaus.“

Noch vor einer Woche mußten sie arbeiten, um Lebensmittelmarken zu bekommen, denn der Lohn, das Geld, hatte allein keinen Wert. Es waren nur abgegriffene Lappen, für die sie hungernd und darbdend ihre Ar-

beitskraft hergaben. Sie bauten für diese Lappen den Herren ihre zerbombten Fabriken wieder auf. Da gab es keine Arbeitslosigkeit. Jetzt, da das Geld wieder einen Wert hatte, konnten sie zusehen, wo sie blieben.

In Ingolstadt — damals mit Flüchtlingen und verbliebenen ausländischen Arbeitern 32.000 Einwohner — gab es drei Tage nach der Währungsreform 6.000 Arbeitslose. Fünf Jahre später waren es noch immer 3.000. So begann das „Wirtschaftswunder“.



Das Bild zeigt eine Demonstration Berliner Arbeiter gegen die Spaltung Berlins.

6.-20. Juli • Rundreise durch Albanien • 7.-28. September

Albanien für Kenner und solche, die es werden wollen

Die Gesellschaft der Freunde Albaniens bietet als Sonderleistung eine Reise an, die auch alte Albanienfahrer begeistern wird • Eine Rundreise durch Orte, die bisher von Ausländern kaum besucht wurden • Nach fünf erholsamen Tagen am Strand von Durres geht es kreuz und quer durch den Süden Albaniens: zwei Tage Saranischen Riviera • Von dort aus Besuch der antiken Ausgrabungsstätte Butrint • Ausflug nach dem Küstenort Borsh • Zwei Tage in Gjirokastra, der berühmten Museumsstadt • Besuch der LPG Freien • Fahrt in Libohove mit Essen im südöstlichen Gebirge zu der historischen Stadt Permeti • Ein Tag in der Hafenstadt Vlorë • Besuch in der Glühlampenfabrik Vlorë • Stadtbummel in Tirana • Fahrt über Skanderbegs Kruja nach Lezha, das vom Erdbeben stark beschädigt wurde • Aufenthalt in Durres • Die Preise (incl. Flug Düsseldorf — Tirana, Vollpension, Ausflüge, Nebenkosten): für zwei Wochen (6. Juli bis 20. Juli) DM 995, —, für drei Wochen (7. September bis 28. September) DM 1 120. —

P. S. Auch für die Rundreise am 6. 7. gilt die Sondervergünstigung: Wer fünf bis neun Teilnehmer für die Reise gewinnt, erhält 100 Mark Nachlaß auf den Reisepreis, wer zehn und mehr Teilnehmer gewinnt, erhält Hin- und Rückflug umsonst! Also, nichts wie anmelden, bis zum 6. 7. ist es nicht mehr lang!!

P. P. S. Neben diesen Rundreisen gibt es natürlich auch die regulären Gruppenreisen am 15. Juni, 6. und 20. Juli, 10. und 24. August und 7. September.

Anmeldung und weitere Informationen: GFA, Postfach 111 605, 2 HH 11 Tel.: 040/8 502 736

Polizei überfällt Antimilitaristen:

„... wir schmeißen euch in den Fluß“

Podiumsdiskussion in Dortmund:
Verantwortliche in die Enge getrieben

Der Saal war überfüllt. Über 100 Personen waren zu der Pressekonferenz gekommen, zu der die „Antimilitaristische Aktion 3. Mai“ geladen hatte. Bei der anschließenden Podiumsdiskussion waren es dann schon ca. 300 Personen, die dafür sorgten, daß Vertreter der Polizei, der Bundeswehr und der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) in Bedrängnis gerieten. Und das hatte seinen guten Grund.

Am 3. Mai hatte die Bundeswehr, auf Einladung der Stadt Dortmund, die Abhaltung des „feierlichen Gelöbnisses“ von 1.200 Rekruten auf den Neuen Markt in die Dortmunder Innenstadt verlegt. Ziel dieser pompösen Militärschau war es offensichtlich, an die Tradition des Kaiserreichs und des Nazi-Reichs anzuknüpfen und die Bevölkerung wieder an den Anblick marschierender Soldaten zu gewöhnen.

Nach den Zeitungsberichten in der WAZ hatte nun die Dortmunder Bevölkerung beim Anblick des Militäraufmarsches überwiegend gejubelt. Nur eine kleine Gruppe von 200 Demonstranten hätte die Feier stören wollen.

Diese unverschämten Lügen wurden dann auch von vielen Beteiligten auf der Pressekonferenz am 16.5. zurückgewiesen. Insgesamt waren es etwa 3.500 Menschen gewesen, die gegen die militaristische Schau protestiert hatten. Was die Presse ebenso verschwiegen hatte, war das äußerst brutale Vorgehen der Polizei. Die Betroffenen berichteten von völlig unvermitteltem Einschlagen auf Demonstranten.

Polizeibeamte haben Demonstranten an den Haaren gezogen, in den Unterleib getreten und gezielt Brillen heruntergeschlagen. Ein Antimilitarist wurde bewußtlos geschlagen, einer mußte 14 Tage krank geschrieben werden. Viele haben

Hautabschürfungen davongetragen, einem wurde der Kiefer ausgerenkt!

Von alledem wollten die auf der Militärschau anwesenden Vertreter der WAZ nichts gesehen haben.

Der Vertreter der Polizei bezeichnete das Verhalten der Polizisten als „insgesamt korrekt“. Wie diese „korrekte Verhalten“ aussah, berichteten mehrere Augenzeugen: So hatte sich ein Mädchen bei einem Polizei-

beamten nach ihrer festgenommenen Freundin erkundigt. Daraufhin wurde es auch gleich festgenommen. Die Festgenommenen wurden regelrecht in die Autos hineingepreßt. Auf die Frage: Was geschieht jetzt mit uns? erhielten sie die Antwort: Wir fahren Euch zur Grenze und schmeißen Euch in den Fluß!

Die gleiche unverschämte Arroganz hatten viele Demonstranten bereits bei den Polizei-

einsetzen erlebt. Wenn Polizisten nach den Namen von Kollegen, die geschlagen hatten, gefragt wurden, gaben sie zynisch zur Antwort: „Kenn ich nicht.“

Das brutale und zynische Vorgehen der Polizei hat breite Empörung ausgelöst. Genauso wie die Tatsache, daß auch Feldjäger und sogar einfach Panzergrenadiere gegen Demonstranten eingesetzt wurden. Die Antimilitaristen forderten auf der Podiumsdiskussion die Einsetzung einer Untersuchungskommission, um die beschönigenden und lächerlichen Erklärungen der offiziellen Vertreter mit der Wahrheit zu konfrontieren.

Was immer sich die Initiatoren der Militärschau versprochen haben — sie haben erfahren müssen, daß sie den starken Widerstand gegen ihre militaristischen Pläne nicht so einfach mit Gummiknüppeln und Preszensur unterdrücken können. Dieses „feierliche Gelöbnis“ wird ihnen noch lange im Halse stecken.

Erklärung zur Erschießung von Elisabeth v. Dyck

Die Unterzeichner dieser Erklärung sind über die Erschießung von Elisabeth van Dyck bestürzt.

Noch stärker als nach der Erschießung von Willi Peter Stoll drängt sich der Eindruck auf, daß die Polizeibeamten nicht in Notwehr gehandelt haben. Wir befürchten, daß die Staatssicherheitsorgane eine kriegsmäßige Strategie des „kurzen Prozesses“ verfolgen, durch welche die Ungelegenheiten eines regulären Prozesses vermieden werden sollen.

Wir verlangen, daß diese Polizeiaktion öffentlich untersucht und die für diesen Einsatz Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Ingeborg Drewitz, Berlin; Max von der Grün, Dortmund; Gerd Hirschauer, München; Volker Schlöndorff, München; Peter Schneider, Berlin; Christian Sigrist, Münster; Margarethe von Trotta, München; Angelika Wittlich, Köln.

Die Philosophie des Horst Herold (BKA)

Auf zwei ganzen Seiten der „Frankfurter Rundschau“ konnte BKA-Chef Herold seine „strategischen Überlegungen“ an den Mann bringen, die er in einer Rede vor Behördenleitern von Großstadtpolizeien entwickelt hatte. So überraschend realistisch manche dieser Überlegungen sein mögen, so sind sie vor allem ein Beweis, daß der Bonner Staat mit seiner Anti-Terrorismus-Kampagne in Wirklichkeit die zur Revolution drängenden werktätigen Massen treffen will. Wir veröffentlichen aus der Rede folgende bezeichnenden Zitate, um mit hier und da noch bestehenden Illusionen über den Bonner Staat und seinen Polizeiapparat aufzuräumen.

„Noch niemals in der Geschichte haben Terroristen dauerhafte Macht zu erlangen vermocht...“

„Wo er [der Terrorismus] jemals aufgetreten ist, in Spanien, Frankreich, Rußland des vorigen Jahrhunderts (...), sind ihm unmittelbare Umbrüche des geistigen, ökonomischen und gesellschaftlichen Lebens gefolgt...“

„Allen Tätern gemeinsam ist eine tief verwurzelte egalitäre Sehnsucht. (...) Wenn ein solches Grundgefühl Massencharakter besitzt, besitzt es Realität...“

„Dazu ist auf eine tiefgreifende Veränderung in der Austragung von Konflikten zwischen Gruppen hinzuweisen, deren Entwicklungslinien immer stärker als Konturen einer Gesetzmäßigkeit zutage treten.“

„Im Bewußtsein der Massen wird diese Veränderung weltweit von einer moralischen Umbewertung begleitet. In der moralischen Achtung tritt an die Stelle des Soldaten der

Revolutionär.“

„Vor allem der kommunistische Marxismus rechtfertigt seinen Totalanspruch aus der (...) Gewißheit heraus, daß alle Geschichte letztlich auf seine Herrschaft zulaufe.“

„Den Sicherheitsverfall innerhalb Italiens hätte noch vor einem Jahrzehnt kein noch so skeptischer Beobachter in diesem Ausmaß für möglich gehalten. Spontane Prozesse der Massenerregung in anderen Staaten sind (...) stets zu erwarten. Deshalb scheint es zweifelhaft (...), die Bundesrepublik für eine Insel innerhalb einer globalen Entwicklung zu halten.“

„Wenn der Terrorismus ein erstes Glied einer viel tiefer reichenden Gefahrenkette sein kann (...), so genügt es nicht mehr, ihn lediglich in Schach zu halten, er muß beseitigt werden.“

„Die defensive Bekämpfung muß in eine Terrorismus-Offensive verwandelt werden.“

„Vermeintliche Notwehr“

Wird der Todesschuß „in vermeintlicher Notwehr“ zum gängigen Mittel, die „Todesstrafe ohne Prozeß“ einzuführen? Diese besorgte Frage muß man sich stellen angesichts der Polizeischießereien einer Woche.

In München wurde in der Nacht zum 18. Mai der 35jährige Maximilian Wiechert erschossen, unter dem — erwiesenermaßen unberechtigten — Vorwand inszeniert, der Zahnarzt habe in eine Tankstelle einbrechen wollen.

Auch in Bochum ist es in den letzten Jahren schon öfter zu Todesschüssen der Polizei gekommen, ebenso zu Todesfällen in den Haftanstalten Bochums.

In allen Fällen ist gesichert, daß die Todesschützen der Polizei ohne Strafe ausgehen. In Bezug auf Maximilian Wiechert stellten die bayrischen Behörden auch gleich klar, daß der Einsatz von Schußwaffen bei der Fahndung nach einem entwichenen Häftling zulässig ist — nach Artikel 46 des Bayrischen Polizeiaufgabengesetzes!

als Polizisten! Die Polizei hatte die Schießerei, bei der zum Glück niemand verletzt wurde, unter dem — erwiesenermaßen unberechtigten — Vorwand inszeniert, der Zahnarzt habe in eine Tankstelle einbrechen wollen.

Auch in Bochum ist es in den letzten Jahren schon öfter zu Todesschüssen der Polizei gekommen, ebenso zu Todesfällen in den Haftanstalten Bochums.

In allen Fällen ist gesichert, daß die Todesschützen der Polizei ohne Strafe ausgehen. In Bezug auf Maximilian Wiechert stellten die bayrischen Behörden auch gleich klar, daß der Einsatz von Schußwaffen bei der Fahndung nach einem entwichenen Häftling zulässig ist — nach Artikel 46 des Bayrischen Polizeiaufgabengesetzes!

Aktionseinheit gegen Harting-Bande



„Keine Verjährung von Nazi-Verbrechen“ und „Verbot neonazistischer Organisationen“ — immer wieder gestellte Forderungen, auch auf der Demonstration gegen das Gut „Barenbrücker“, das neonazistische Ausbildungslager der Harting-Bande in Kamen, am 12. Mai. Die Rote Garde nahm an dieser Demonstration — neben 19 anderen Organisationen — teil (unser Bild).

Freispruch für Volker Nieber!

Dieter Vogelmann muß Haftstrafe antreten

Nach einem zermürbenden, fünfjährigen Verfahren mußte der Genosse Volker Nieber jetzt endlich freigesprochen werden. Mit äußerst fragwürdigen Methoden hatte die Staatsanwaltschaft noch versucht nachzuweisen, daß Volker ein „Rädelsführer“ bei der Antikriegstagsdemonstration 1972 in München gewesen sei.



Um ihn mit allen Mitteln als politischen Täter und Rädelsführer verurteilen zu können, hatte die Staatsanwaltschaft mit einem gefälschten Papier aufgewartet: Danach soll Volker 1972 eine Demonstration in Böblingen beantragt haben. Und weil dieser Antrag, der die gefälschte Unterschrift Volkers trägt, nicht genehmigt wurde, soll die Logik der Dinge dafür sprechen, daß er darauf nach München zur Demonstration gegangen sei.

Mit derartigen Methoden

sollte die Anwesenheit Volkers auf der Demonstration in München „bewiesen“ werden. Aber ohne Erfolg, auch die Zeugenbefragung brachte kein belastendes Material, so daß Volker freigesprochen werden mußte.

Währenddessen muß Dieter Vogelmann, der ebenfalls wegen Teilnahme an der Antikriegstagsdemonstration zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war, seine Haftstrafe demnächst antreten, nachdem das Urteil für rechtskräftig erklärt wurde. Eine Aussetzung der Strafe zur Bewährung war ihm verweigert worden, weil der „Gesichtspunkt der Erhaltung von Rechtstreue der Bevölkerung“ — zu deutsch: Abschreckung — für das Gericht im Vordergrund stand.

In Dortmund erreichte der Genosse Dieter Stoll in einer Berufungsverhandlung, daß die am 29. 11. 77 gegen ihn ausgesprochene Haftstrafe von sechs Monaten ohne Bewährung in eine Bewährungsstrafe umgewandelt wurde. Ihm war vorgeworfen worden, er habe bei einem Polizeieinsatz im Gerichtssaal dem Staatsanwalt mit Mord gedroht (s. RM 49/77).

Thomas Luczak droht Gefängnis

Dem 26jährigen Dortmunder Thomas Luczak droht jetzt die Verbüßung einer 17monatigen Haftstrafe. Mit diesem harten Urteil will die Bonner Justiz bestrafen, daß Thomas in Flugblättern der Gruppe Rote Fahne (KPD) 1975 von „Ausbeutungssystem“, „Polizeiwillkür“ und „parlamentarischem Schwindel“ gesprochen hat, daß er 1972 an einer Demonstration gegen den mörderischen Krieg der US-Imperiali-

sten in Vietnam teilgenommen hat und daß er 1976 an eine Mauer die Parole „Für ein unabhängiges, vereintes und sozialistisches Deutschland“ schreiben wollte.

In Itzehoe begann am 8. Mai ein Prozeß gegen den Atomphysiker Professor Jens Scheer und Uli Lenze. Ihnen wird Rädelsführerschaft bei der großen Demonstration der Atomkraftgegner vom 13. 11. 1976 in Brokdorf vorgeworfen.



Grafikgruppe Kiel
(Kaliber neun Millimeter). Da schossen die Polizisten — eine Kugel traf die Frau in den rechten Oberschenkel, eine in den Rücken — nach eigener Aussage in Notwehr.



„Der Arbeiter- und Soldatenrat.“

Interview mit Jürgen Waller:

Kunst am Bau — es geht auch anders!

Antifaschistisches Bunkerbild in Gröpelingen

Aus unserem alten Arbeiterviertel Gröpelingen können wir einmal etwas Erfreuliches berichten: Eine Künstlergruppe der Hochschule für Gestaltung hat einen alten Bunker mit einer Bilderreihe „Deutsche Geschichte am Beispiel Gröpelingsens“ so schön bemalt, daß auf der 550 Quadratmeter großen Fläche wirklich ein Stück unserer Geschichte lebendig wird. Die Künstlergruppe hat nach vielen Vorarbeiten, wie Gespräche mit Gröpelingern, Zeitungs- und Archivstudien, das Gemälde in ca. 4400 Arbeitsstunden fertiggestellt. Der Leiter der Gruppe, der Maler Jürgen Waller, sprach mit zwei Volkskorrespondenten.

Gröpelingsens Geschichte — Werftgeschichte — Arbeiter- geschichte

Wieviele Anklänge das Bunkerbild bei der Bevölkerung findet, wurde uns bei einem Stadtteilstreit im Spätsommer klar. Wir verteilten Flugblätter der Front gegen Reaktion und Faschismus zum Hamburger Antifaschistenprozeß. Am guten Erfolg unseres Verteilens und Geldsammelns hatte auch das Bunkerbild seinen Anteil, das viel Anlaß zu Gesprächen, zum Nachdenken bot:

Die Menschen bleiben stehen, unterhalten sich mit Waller und den Kunststudenten, lassen das Bild auf sich wirken. Und wie es wirkt! Die schmale Stirnseite des Bunkers nach Süden zeigt in freundlichen Gelb- und Ockertönen die Anfänge der Industrie, den Aufbau der Werft in bauerlicher Landschaft. Beim Blick um die Ecke, auf der langen Frontseite, zeigen Farben einen jähren Wechsel an. Himmelhoch türmen sich die Maschinen. Abrupt wird die gewaltige Produktion abgelöst von einer kauern Gestalt im Schützengraben: der erste Weltkrieg.

Dann, auf Holz, extra in den Vordergrund gerückt, eine Gruppe Männer in dunklen Anzügen und Krawatten. Der Arbeiter- und Soldatenrat. Gemalt nach einem alten Foto, das ein alter Gröpelinger zur Verfügung gestellt hat. Einige Mitglieder des Arbeiter- und

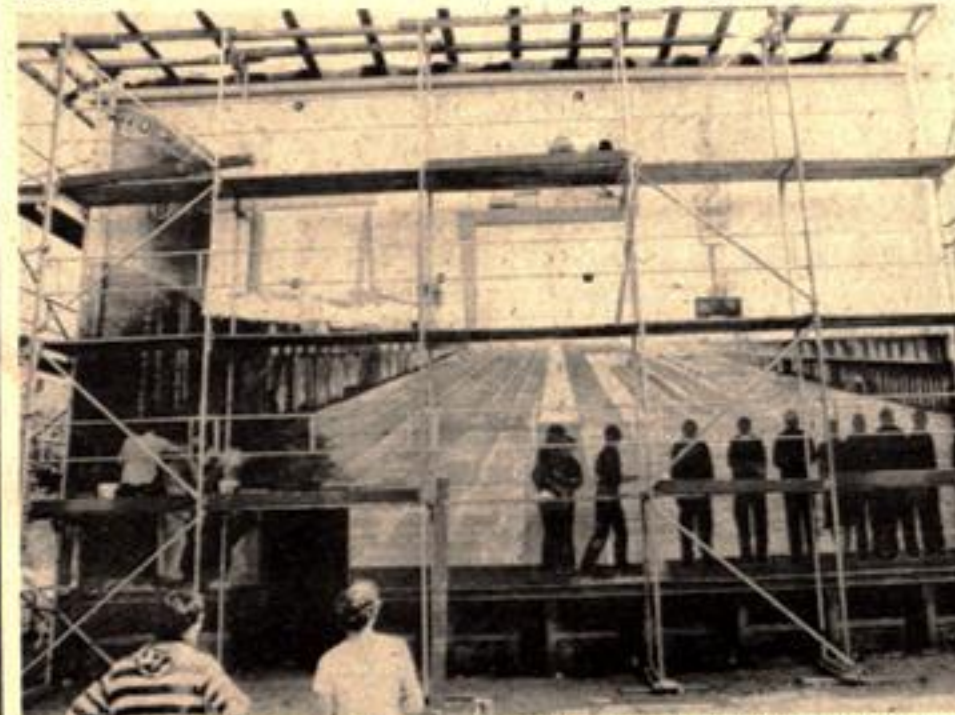
Soldatenrats werden von alten Gröpelingern wiedererkannt: „Der da, das war mein Meister, mit dem habe ich zusammenge-
arbeitet.“

Die Werft bestimmt unsere Geschichte, ihre Entwicklungsphasen bilden den Hintergrund zu den Szenen des Bildes. Wieder werden Schiffe gebaut. Vor der Silhouette der „Bremen“ beginnt das Heer der Arbeitslosen. Über ihnen schwebt das Mahnmahl der Gefallenen der Räterepublik. 200 Meter vom Bunker entfernt hatte es auf dem Waller Friedhof gestanden, bis die Nazis es 1933 zerstörten. Auf dem Bild sieht man, wie ein SA-Mann eine Schlinge hinübergeworfen hat, um es umzureißen. Kriegsschiffe werden zusammenge-
nietet, eine Batterie Rohre ragt hervor. U-Boot-Bau — eines des dunkelsten Kapitel der Werft. Dann drei stolze Menschen: Gröpelinger Antifaschisten und Carl von Ossietzky, in KZ-Kleidung und mit Judenstern; er wurde im nahen KZ Börgermoor ermordet. Die Siegesssäule des KZ-Staates zerbricht, das Hakenkreuz liegt in Trümmern. Berge von Schutt, Trümmerfrauen, Wiederaufbau, alles größer und mächtiger denn je, ein menschliches Antlitz ist nicht zu sehen, doch unter aufgetürmtem Wohlstandsmüll greift hilfesuchend ein

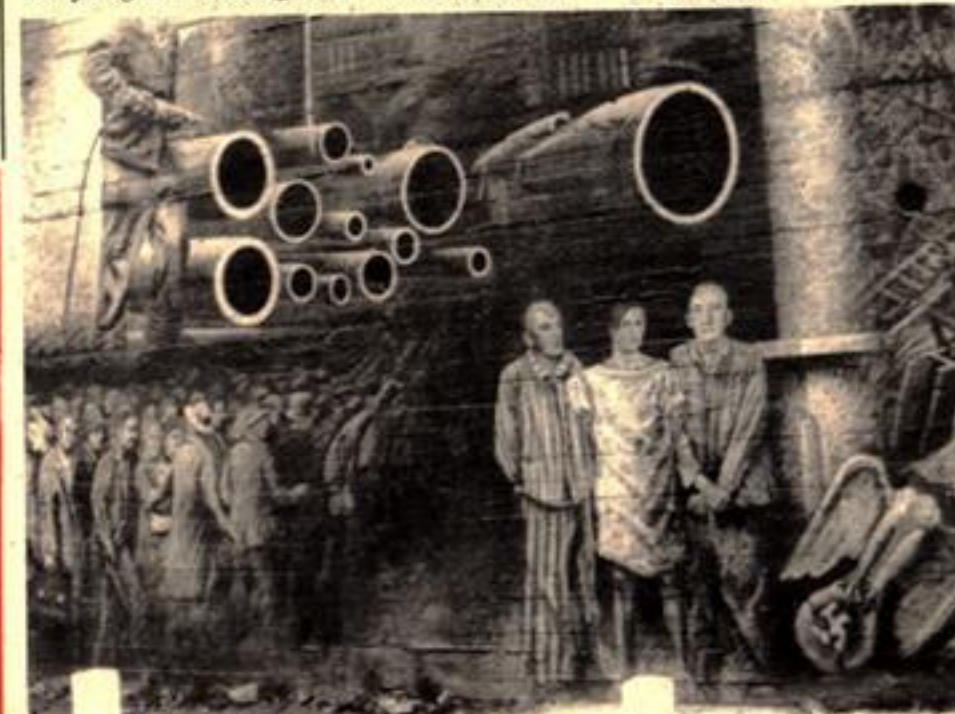
Arm hervor. Die Werft hat sich auf Supertanker geworfen. Fast zu klein ist der Bunker, um das Tankerungestüt darzustellen.

Die Frontfassade ist ausgefüllt, die Szene wandelt sich, auf der nördlichen Stirnwand — die leere Werft. Ausgestorben liegen zwischen den Großkränen die Helgen und auf dem Laufsteg im Vordergrund ratlose Gesichter — Arbeitslose. Ähnlichkeiten zu einer früheren Szene aus der Weimarer Republik fallen auf. Am Ende formt sich aus dem Schatten der Arbeitslosen eine Faust.

Am 23. Oktober 1978 demonstrierten 3000 Werftarbeiter durch unseren Stadtteil — gegen Entlassungen und Lohnraub!



„Ausgestorben liegen zwischen den Großkränen die Helgen und auf dem Laufsteg im Vordergrund ratlose Gesichter — Arbeitslose.“

„Kriegsschiffe werden zusammenge-
nietet, eine Batterie Rohre ragt hervor. U-Boot-Bau — eines der dunkelsten Kapitel der Werft. Dann drei stolze Menschen: Gröpelinger Antifaschisten und Carl von Ossietzky...“

Aus dem Gespräch mit Jürgen Waller

„Öffentliche Kunst — Verpflichtung gegenüber dem Volk!“

Volkskorrespondent: Warum haben Sie an dem Bild mitgearbeitet?

Waller: Bevor ich von Berlin nach Bremen kam, hatte eine Studentengruppe mit den Vorarbeiten begonnen. Sie haben Material gesammelt und mit den Menschen im Stadtteil gesprochen. Ich habe die Leitung übernommen, weil ich eine gute Möglichkeit sah, auf die Interessen der Menschen in diesem Stadtteil einzugehen. Wenn man als Artist schon nicht aus dem Elfenbeinturm heraus kann, so ist es wichtig, wohin man guckt. Und das Bild zeigt das Leben der Menschen, sie fühlen sich angesprochen, und das gefällt ihnen.

VK: Ihr Bild ist in der öffentlichen Kunst eine Ausnahme. Wir kennen auch in Bremen nur negative Beispiele abstrakter oder scheinrealistischer Werke, die gleichermaßen nichtssagend und ägerlich sind. Warum machen Sie es anders?

Waller: Wenn ich ein Bild für ein Museum oder für eine Ausstellung male, dann kann ich malen wie ich will, die Leute können es sich ansehen oder nicht, es wird gekauft oder nicht. Wenn ich aber ein Werk für die Öffentlichkeit mache, an einem Gebäude oder auf einem Platz, dann bin ich den Leuten verpflichtet, die es immer wieder ansehen. So ein Werk muß erlebte Wirklichkeit herstellen, ausdrücken, wie die Menschen gefühlt haben. Ich glaube, es liegt an der Qualität der meisten Artisten, daß so wenig solcher Werke entstehen. Viele Artisten arbeiten an der Realität vorbei.

VK: Das Bild wurde von der Stadt finanziert und mußte vom Stadtteilbeirat genehmigt werden. Hatten Sie dabei Schwierigkeiten?

Waller: Nein, keine. Es hat

auch niemand versucht reinzureden.

VK: Wie erklären Sie sich das?

Waller: Ich meine, daß solche Bilder von den Menschen verlangt werden, aber ob ich in einer anderen Stadt mit dem Entwurf durchgekommen wäre, das weiß ich nicht. In Bremen war man sehr aufgeschlossen und der Bildungssenator hat das Projekt unterstützt. Man muß aber auch den Mut haben, einen Entwurf zu machen mit der Befürchtung, er wird abgelehnt.

VK: Wie bemalt man so große Flächen, welche Probleme treten dabei auf?

Waller: Wir hatten keinen starren Entwurf, sondern haben nach einem thematischen Entwurf am Objekt gearbeitet. Die Größenverhältnisse mußten an verschiedenen Stellen geändert werden. So ein Bild lebt ja, und man kann es nicht von vornherein mit dem Verstand durchplanen. Ich bin davon ausgegangen, wie es auf Menschen wirkt.

Wenn sich zum Beispiel Kinder das Bild öfter ansehen, so sollen sie immer wieder etwas Neues über den Stadtteil erfahren. Es soll Anlaß geben, sich

weiter über die Geschichte zu informieren, vor allem aber vermitteln, wie die Menschen gefühlt und gelebt haben.

VK: Gibt es Vorbilder für diese Kunstform?

Waller: Soviel ich weiß, ist es das erste Werk dieser Art in Deutschland und Europa. Die alten Birkhof-Fresken von Vogeler sind zerstört, und es gibt keine Photographien. Meines Wissens entstand diese Kunstform in Mexiko. In den USA gab es sie auch, dort wurden aber die fortschrittlichen Bilder in der McCarthy-Ära zerstört.

VK: Unseren Genossen gefällt das Bild ausnahmslos gut. Trotzdem hätten wir uns gewünscht, daß die Kraft und der Kampf der Gröpelinger Arbeiter stärker zum Ausdruck gekommen wäre. So haben die Arbeiter das Werk nach dem Krieg aufgebaut und gestreikt, weil sie mit Hungerlöhnen abgespeist wurden...

Waller: Wenn wir den Klassenkampf stärker dargestellt hätten, dann hätten wir sicher Prügel bezogen. Und daß wir für die Arbeiter Partei genommen haben, das meine ich schon, mit der Faust zum Schluß das Bildes wird doch auch ihr Widerstand und die Perspektive gezeigt.

Das Bild soll kein Agitationsplakat für einen bestimmten Zweck sein, sondern Langzeitwirkung haben, die Abhängigkeit von der Werft zeigen. Es ist ein Stück deutscher Geschichte — ein Mahnmahl. Es soll sagen, damals war es so — Krieg und Faschismus — es kann wieder so gehen, seht euch vor, macht was anderes draus.

Ein gutes Beispiel fortschrittlicher Kunst

Wir meinen, daß das Jürgen Waller und der Studentengruppe gelungen ist. Und wenn der Bremer Senat sich mit diesem Bild brüstet, dann tut das seiner Qualität keinen Abbruch. Wir wissen, daß der Senat nach außen hin gern eine besondere „Reformfreundlichkeit“ zur Schau stellt, aber immer dann, wenn er die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ (FDGO) bedroht sieht, besonders hart zuschlägt. So hat Bremen zum Beispiel mit die schärfste Berufsverbotspraxis in der DBR — trotz gegenteiliger Sprüche Koschniks.

Es besteht ein großer Nachholbedarf an öffentlicher Kunst; wen wundert es da, daß sich Politiker erst einmal solche guten Beispiele an ihre Fahnen heften wollen? Nur darf sich niemand Illusionen machen, daß diese Kunstrichtung weiter vorbehaltlos gefördert wird. Parteiliche Kunst kann sich immer nur im Kampf gegen die Unterdrückung entfalten.

Auch Jürgen Waller hat schon einmal erlebt, daß eines seiner Bilder aus der Ausstellung entfernt werden sollte. Es zeigte den Ausspruch des reitenden Kapitalisten Neckermann an die Olympioniken: „In erster Linie reitet ihr fürs Kapital.“

Jürgen Wallers politische und Kunstfassungen decken sich nicht in allen Punkten mit unseren. Im Bild wird die technische Entwicklung hauptsächlich negativ gesehen, und die Anfänge der Industrialisierung werden idealisiert. Die Arbeiter, als die schaffende Klasse, treten zuwenig hervor. Besonders deutlich wird das in der Szene mit dem hilflosen Arm, der aus dem Wohlstandsmüll hervorragt.

Trotz dieser Schwächen fängt das Bunkerbild immer wieder ein Stück der Realität ein, die uns so sehr anspricht.

Wir meinen auch, es liegt nicht nur am fehlenden politischen Engagement der bildenden Künstler, daß es so wenige gute Beispiele gibt. Die sogenannte Auslese der Künstler an den Kunsthochschulen, die



Ein Künstler bei der Arbeit am Bunker in Gröpelingen.

Auswahl der Werke bei öffentlich geförderten Projekten und Ausstellungen wie zum Beispiel die Dokumenta fördern die den herrschenden Verhältnissen angepaßte, unverschämte

„Kunst“richtung des Abstrakten oder Scheinrealistischen (scheinrealistisch: Verwendung realistischer Stilelemente, ohne daß Wesen oder Probleme der Wirklichkeit erfaßt werden).

Jürgen Waller und die Studentengruppe haben mit diesem antifaschistischen Werk einen guten Anfang gemacht. Wir wünschen dem Werk eine gute Ausstrahlung und dem Künstler, daß er diesen Weg weiterverfolgt und entwickelt.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

- | | |
|--|--|
| ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML | ☐ Ich möchte den „Roten Morgen“, das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren |
| ☐ Ich bitte um Zusendung einer Probennummer des „Roten Morgen“ | ☐ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden |

Name:

Straße:

Plz/Ort:

Datum: Unterschrift:

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD/ML, Wellinhofer Straße 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.



Erna im vierten Wagen hinter uns macht auf seriös.

Kurz- geschichte *Die Schlange*

Brrrrr. Sch... Nun, es hilft alles nichts. Ich drücke den Knopf des Weckers runter. Dabei könnte ich noch weiterschlafen. Die Arbeit beginnt erst um 7 Uhr. Jetzt ist es halb vier. Meine Frau schläft noch.

Leise stehe ich auf. In die Küche. Kaffee kochen. Ohne Frühstück soll man keine Plakate kleben. Habe ich mir zur Regel gemacht. Nicht wegen der Plakate, überhaupt. Mit einem gemütlichen Frühstück fängt der Tag besser an. Heute hat er entschieden zu früh angefangen. Ich gähne. Das Wasser in der Kaffeemaschine gluckert und zischt. Ich gehe ins Schlafzimmer. „Lütten, aufstehen.“ — „Och... hmm... schon so weit?“ Ich verschwinde im Badezimmer.

Später sitzen wir dann am Tisch. Frühstück. „Wie es ihnen wohl geht?“ Ich mache mir echt Sorgen. Um die beiden Genossen. Das war ein Schreck in der Abendstunde, als der Kurier gestern, noch spät, die Plakate brachte.

„Habt ihr schon gehört? Sie haben zwei Genossen verhaftet. In der DDR. Der eine, Wolfgang Geißler aus Westberlin. Der andere, Reinhard Schimke, aus Bremen. Der Wolfgang ist verheiratet und hat ein Kind.“

„Weißt Du, wo sie sie geschnappt haben“, hatte ich gefragt.

„Wahrscheinlich auf der Strecke von Westberlin nach Hamburg. Genauer weiß ich auch nicht.“

Die Strecke kannten wir gut. Wie oft waren wir sie früher gefahren. Zu Besuch nach Schwiegermutter in Ostberlin. Meine Frau holt ihren alten Büddel aus dem Schrank. Wir hatten da ein praktisches Verfahren entwickelt. In den Büddel paßt genau ein 5-Liter-Plastikeimer. So fiel das weniger auf, wenn wir kleben gingen. Ich schlage den Leim durch, den ich gestern noch angesetzt hatte. Lütten legt die Plakate zusammen.

Draußen dämmert es. Alles ist ruhig. Wir haben schon unsere feste Tour. Zuerst die Bushaltestelle. Dann die unverglaste Seite der Telefonzelle. Am Ortsamt die Anschlagtafel für öffentliche Bekanntmachungen. Und öf-

fentlich ist dies ja. Am meisten Trouble gibt es immer mit den Verzweigerkästen. Wenn sich die Post doch endlich daran gewöhnen könnte, daß diese Dinge ohne die Aufschöpfung durch Plakate Schandflecke sind.

Die sollten mal nach Italien, Portugal oder auch Holland kommen. Wo dort überall Plakate kleben. Aber die Bundesrepublik... Wir leben halt in einem Polizeistaat, einer Demokratie. Dabei geht es zur Zeit noch. Geldstrafe, wenn man sich beim Plakatieren erwischt läßt.

Ich erinnere mich noch an damals, die Zeit nach dem Parteiverbot, 1956. Wer sich damals beim Plakatieren erwischen ließ, der fing gleich ein halbes Jahr Gefängnis ein. Wegen: Verstoß gegen das KPD-Verbot.

Verdammt, warm ist es auch nicht gerade. Und das nennt man Frühling. Ich pinsele die Scheibe am Wartehäuschen ein. Lütten faltet das Plakat auseinander. Klebt es an. Ich gehe nochmal mit dem Quast rüber. Hält so besser.

Es ist ein gutes Plakat. Wir sind einer Meinung. Übersichtlich, klar, knapper Text, informativ. Es erregt Aufmerksamkeit. Ich muß wieder an die beiden Genossen denken, die jetzt in ihrer Zelle sitzen. In der DDR. Einem Staat, der einmal sozialistisch, unsere große Hoffnung war. Was wird? Hatten sie Parteimaterialien bei sich? Etwa die DDR-Ausgabe des „Roten Morgen“? Was erwartet sie? Drei, fünf, zehn Jahre Gefängnis. Es ist alles drin. Sie sind Kommunisten. Marxisten-Leninisten. Und die sind drüben nicht gefragt. Nicht mehr gefragt. Dabei war es mal genau umgekehrt:

.....

Wieder ist Frühling. Frühjahr 1957. Die Partei ist fast schon ein Jahr verboten. Ihr Zustand ist katastrophal. In ganz Hamburg gibt es vielleicht drei, vier normal arbeitende Parteizellen. Weit über die Hälfte, an die 70 bis 80 Prozent der Genossen haben die Partei verlassen, sind inaktiv. Und das nicht wegen der nach dem XX. Parteitag

der KPdSU zunehmenden revisionistischen Entartung. Im Gegenteil. Manchen ging der Parteitag nicht weit genug. Sie sympathisierten mit der Harichgruppe in der DDR, den Konterrevolutionären in Ungarn, Polen und Jugoslawien. Andere tauschten gleich ihr Parteibuch gegen eines der SPD. Andere wiederum, die meisten, haben ganz einfach die Schnauze voll, resignieren.

Hinzu kommen die technischen Schwierigkeiten. Der Parteivorstand hatte in seinem Legalitätswahn — „die Partei kann gar nicht verboten werden, wer's nicht glaubt, hat kein Vertrauen in die Massen, die das nicht zulassen werden“ — in sträflicher Weise jedwede Vorbereitung auf die Illegalität mißachtet. So stehen wir da. Ohne Druckmöglichkeiten. Kaum ein Vervielfältigungsapparat.

Wenn wir in dieser Situation nicht die Genossen der

DDR hätten, nicht ausdenken. Natürlich ist es Unsinn zu behaupten, daß der Freiheitssender 904 in der Bundesrepublik steht. Das nehmen uns die Kollegen sowieso nicht ab. Aber gut ist, daß die Partei überhaupt ihren eigenen Sender hat. Das gleiche gilt für die Druckmöglichkeiten. Es soll noch Jahre dauern, bis wir zum Beispiel das „Freie Volk“ — für entsprechendes Geld, versteht sich — in der Bundesrepublik in bürgerlichen Druckereien unterbringen. Auch kommunistische Flugblätter und die als „Diätvorschriften für Leberkranke“ etc. getarnten „Wissen und Tat“, das theoretische Organ der Partei, sind nicht gerade begehrte Druckaufträge.

Wieder muß eine Sendung von drüben geholt werden. Diesmal soll es sich lohnen. Es sind auch schon Materialien für die kommende Bundestagswahl dabei. Nazi-Blutrichter im Amt usw. Ich fahre nach Rahlstedt. „Machst du mit, Erna?“ Wir haben an Erna gedacht. Sie und ihr Mann haben eine Gärtnerei. Sie sind die einzigen, die einen Mercedes besitzen. Der hat einen ausreichenden Kofferraum. Außerdem ist Erna dafür gut geeignet. Wenn die sich zurechtmacht. Und dann mit ihrem Schlitten. Ganz Dame. Fällt gar nicht auf.

Wir nutzen den Pfingstverkehr. In Schwerin übernehmen wir die Ladung. Fast hängt der Mercedes hinten durch. Der Kofferraum ist randvoll mit Druckschriften. Nur eine Woldecke drüber. Erna ist guten Mut's. Axel W., Erster Sekretär der SED von Schwerin — ein alter Bolschewik — verabschiedet uns. „Ich drücke Euch die Daumen!“

Wir fahren über Hagenow und biegen in Pritzier auf die Bundesstraße 5 ein. Ich mit Lütten vorweg in unserem alten VW. Erna, im Wagen allein, hinterher. Wir kommen durch Boizenburg. Noch ein paar Kilometer bis zum Grenzübergang Horst. Die Gegend ist schön. Links und

rechts Wälder. Hier gibt es oft Nebel. Er steigt aus den Elbniederungen herauf. Heute ist Pfingstmontagnachmittag. Die Sonne scheint. Der Rückreiseverkehr aus Berlin ist schon recht rege.

Wir nähern uns dem Grenzübergang. Erna hat sich, wie vereinbart, etwas zurückfallen lassen. Zwei, drei Wagen sind jetzt zwischen uns. Wir passieren den ersten Schlagbaum. Ein Genosse Volkspolizist weist uns ein. Ich zeige die Papiere. Er schaut kurz hinein, lächelt verstohlen und dann amtlich: „Steigen Sie bitte aus. Öffnen Sie den Kofferraum!“ Und was sich dann abspielt, dauert ca. eine dreiviertel Stunde.

Koffer raus. Aufmachen. Durchsuchung. Gründlich. Selbst den Rasierapparat. Koffer rein. Gummimatten raus. Gummimatten rein. Was ist mit dem Hintersitz? Machen Sie mal die Motorklappe auf. Zu. Usw.

Inzwischen hat sich hinter uns eine Schlange gebildet. 20, 30 Fahrzeuge. Zu hupen wagt niemand. Man murt. Verhalten. Nur Lütten spielt. Gekonnt. Ganz die Empörte: „Da sieht man mal wieder. Diese Schikane. Typisch Sowjetzone. Harmlose Reisende.“ „Ist ja nur der Neid“, wendet sie sich an einen Dicken im Wagen hinter uns, „was meinen Sie?“ Der schweigt betreten. Vopo hört mit.

Erna im vierten Wagen hinter uns macht auf seriös. Das Fenster runtergeklüppelt. Die Zigarette lässig zwischen den rotlackierten Fingernägeln. Ein Genosse kommt vom zweiten Schlagbaum. Hat von dort die bundesdeutschen Grenzer mit dem Fernglas beobachtet. Er nähert sich uns. „Die von drüben schauen schon mit Ferngläsern herüber. Sollen wir?“ Der unseren Wagen durchsuchende Volkspolizist schaut uns fragend an. Ich sage leise: „O.K.“

Der Schlagbaum öffnet sich. Wir werden durchgewunken. Hinter uns im Eiltempo, ohne große Formalitäten, die anderen Wagen.

Ca. 500 Menschen durchs Niemandsland, und wir sind in der Bundesrepublik.

Man erwartet uns schon. „Was war denn los? Warum hat es so lange gedauert?“ Polizei und Zöllner fragen. Das ist das Stichwort für Lütten. Sie legt los: „Solch eine Frechheit. Diese Russen. Den ganzen Wagen haben sie auf den Kopf gestellt. Nur weil wir eine ‚Bild-Zeitung‘ hatten.“ Sie wedelt mit einer ‚Bild-Zeitung‘ rum. Ich hoffe nur, daß die nicht aufs Datum schauen. Sie ist nämlich vom Freitag.

Doch alles klappt. Wie erwartet, winken Polizei und Zoll die nachfolgenden Wagen — ohne zu kontrollieren — durch. In einem Gasthof hinter Lauenburg kehren wir ein. Kurz darauf fährt der Mercedes auf den Parkplatz. Erna kommt rein. Jetzt löst sich die Spannung. „Einen Kognak, aber bitte einen doppelten“, sagt sie. „Erna, Du mußt noch fahren“, warne ich. Allen fällt ein Stein vom Herzen. Immerhin, bis zu fünf Jahre hätte es auch Erna kosten können.

.....

Heute ist alles umgekehrt. Und wir können unseren Genossen in der DDR wenigstens einen Teil der Hilfe zurückgeben, die sie uns damals gaben. Solange, bis sie selbst in der Lage sind, den „Roten Morgen“ der DDR selbst zu drucken. Mit Flugblättern tun sie es ja bereits. Mit Flugblättern, Handzetteln und parteiinternen Schriften.

„Hast Du noch eins“, frage ich. Lütten schüttelt den Kopf. Auf dem Rückweg sagt sie: „Weißt Du, es gibt nur eine Möglichkeit, sie rauszukriegen: trommeln, trommeln, trommeln! Dies darf erst der Anfang sein. Wir müssen ihnen auf den Wecker fallen. ‚Kommunisten aus Bremen und Westberlin in der DDR verhaftet‘, das stört sie. Wir sind ja keine Dissidenten. Wir sind für die Diktatur des Proletariats, die sie verurteilt haben!“ R.F.



Am 22. April wurde der Westberliner Genosse Wolfgang Geißler, Mitglied der KPD/ML, in der DDR verhaftet. Am 2. Mai erhielt Wolfgang's Frau zu Hause die fristlose Kündigung ihres Mannes, angeblich wegen „unentschuldigtem Fehlen“. Und das, obwohl sie schon am ersten Tag den Chef angerufen hatte, obwohl sie am vierten Tag des Verschwindens ihres Mannes persönlich in die Firma ging, um mit dem Chef zu sprechen. Und als die Nachricht kam, daß Wolfgang in der DDR verhaftet ist, hat seine Frau sofort wieder Bescheid gesagt. Das alles half nichts. Als Wolfgang am 10. Mai aus der Haft entlassen wurde und zurückkam, mußte er erfahren, daß

Wolfgang Geißler In der DDR verhaftet, in Westberlin gekündigt

er seine Stelle verloren hatte.

Bei der Kündigung hatte sich der Chef die Zustimmung des Betriebsrats buchstäblich erschlichen. Jetzt, wo der Betriebsrat den wahren Sachverhalt erfahren hat, will er seine Zustimmung rückgängig machen. — Die fristlose Entlassung von Wolfgang Geißler muß zurückgenommen werden!

Statt Hilfe Verhöre: Der Westberliner Senat

Bittere Erfahrungen machte Wolfgang's Frau mit dem Westberliner Senat. Nach der Verhaftung ihres Mannes wandte

sie sich zunächst an den Senator für Inneres in der Hoffnung, daß sie von dieser Behörde unterstützt würde, um zu erfahren, wo ihr Mann in der DDR verhaftet wurde und besonders, um ihn schnellstens wieder freizubekommen. Sie wurde jedoch zunächst von zwei Beamten in die Zange genommen, die herauskriegen wollten, ob Wolfgang Mitglied der KPD/ML ist. Sie wollten genau wissen, wie oft er in der Woche fortgeht, wie lange er wegbleibt, ob er öfters Reisen macht usw. Dabei zeigten sie ihr eine DDR-Ausgabe des „Roten Morgen“, nannten ihr Aktivitäten der Partei, an der Wolfgang teilgenommen haben sollte. Sie versuchten, Verbindungen, Namen und Adressen herauszubekommen. Da sie nicht die gewünschten Antworten erhielten, drohten sie ihr, daß sie nichts machen würden, wenn sie nicht ganz offen alles erzähle, was sie von Wolfgang politischer Arbeit wüßte. Und sie sollte die Angelegenheit nicht in die Öffentlichkeit tragen, sonst bestünde keine Chance für seine Freilassung.

Sie boten ihr eins der berühmtesten Menschenhändler-Rechtsanwaltspaare an, das für sie die Sache bearbeiten würde. Wenn sie auf die Bedingungen des Senators eingingen, wäre die Vertretung kostenlos. Dieses

Ost-West Rechtsanwaltspaar Neumann und Salm ist spezialisiert auf den Ost-West-Menschenhandel, über den die Bundesregierung für Hunderte von Millionen Mark Kriminelle aus DDR-Gefängnissen freikaufte.

Als Wolfgang's Frau den Herren mitteilte, daß sie Rechtsanwalt Ahues mit der Vertretung ihrer Interessen beauftragen wolle, gingen sie auf die Palme: „Das ist ein Terroristen- und Kommunistenrechtsanwalt, den dürfe sie unter keinen Umständen nehmen, wenn sie Ihren Mann erfolgreich aus der DDR herausholen wollen, damit verbauen sie sich jede Chance.“ Das war das Ende des Verhörs. Alle Illusionen des Senats, den Fall klammheimlich über die Bühne zu kriegen, waren gescheitert.

Ein paar Tage später rief einer der Herren bei Wolfgang's Frau noch einmal an und fragte, ob sie wirklich mit Rechtsanwalt Ahues gesprochen habe und er ihren Fall bearbeite. Ihr Ja veranlaßte diesen Herren nur zu einem Satz: „Damit stellen wir unsere Unterstützung ein.“

Es gibt keinen anderen Weg, als offensiv mit der Partei für die Freilassung von Wolfgang zu kämpfen. Das war die Lehre, die auch Wolfgang's Frau aus diesen Gesprächen gezogen hat.

Der Konflikt Vietnam-Kambodscha und die Aggression Chinas gegen Vietnam haben innerhalb der linken Bewegung zu einer heftigen Diskussion geführt. Die Bourgeoisie stellt die angebliche, aber zum Teil eben auch tatsächliche Ratlosigkeit der Linken in ihrer Presse genüßlich fest. Auch die Leserbriefe an den „Roten Morgen“ zeigen, daß es im Zusammenhang mit der Entwicklung in Südostasien eine Reihe von

Unklarheiten gibt. Um die Haltung, die unsere Partei eingenommen hat, noch einmal zu erläutern und zu begründen, veröffentlicht der „Rote Morgen“ einige Artikel, die sich mit der komplizierten Lage im Fernen Osten auseinandersetzen. In der letzten Ausgabe behandelte der „Rote Morgen“ die Frage: „Ist Vietnam ein Vorposten Moskaus?“

Ist China ein imperialistisches Land?

Von Horst Dieter Koch

Die brutale Aggression Chinas gegen Vietnam war für viele Menschen Anlaß, über den Charakter des chinesischen Staates und der chinesischen Politik nachzudenken. Für die meisten Menschen gilt China nach wie vor als sozialistisches Land. Viele, die sich näher für die Politik Chinas interessieren, haben noch die Sprüche Mao Tse-tungs, Tschou En-lais und anderer

Das angeblich sozialistische China als Aggressor — auf die Ratlosigkeit und Verwirrung, die diese Tatsache bei vielen fortschrittlichen Menschen hervorgerufen hat, spekuliert auch die Propaganda der Bourgeoisie. Die bürgerlichen Kommentatoren äußerten sinngemäß: Die Behauptung der Kommunisten, daß nur imperialistische Staaten Aggressionskriege anzetteln würden, sei damit widerlegt; die Bruderkriege in Südostasien würden wie schon der sowjetische Einmarsch in Prag zeigen, daß es zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten in dieser Frage keinen Unterschied gebe.

Zweifelloso ist diese anti-kommunistische Propaganda nicht ohne Wirkung; denn die Ereignisse geben ihr scheinbar recht. Tatsächlich hat es militärische Aggressionen und unge-

rechte Kriege gegeben, die von Staaten verübt wurden, die sich selbst als sozialistisch bezeichnen.

Unsere Partei hat dagegen stets betont, daß Kriegshetze und Aggression gegen andere Länder mit dem Sozialismus unvereinbar sind. Sie hat den Einmarsch der sowjetischen Sozialimperialisten in die CSSR als imperialistische Aggression verurteilt, und bekämpft die Sowjetunion als imperialistische Supermacht. Auch der Überfall Chinas auf Vietnam war eine imperialistische Aggression, die wir entschieden verurteilt haben. Da drängt sich logisch die Gretchenfrage auf, wie sie uns auch in einigen Leserbriefen an den „Roten Morgen“ gestellt wurde: Ist China denn ein imperialistisches Land?

Sozialismus in Worten, Imperialismus in Taten

Zwischen Worten und Taten der chinesischen Führung klappt schon seit vielen Jahren ein unüberbrückbarer Widerspruch. Auf der einen Seite sprachen Mao Tse-tung und die anderen chinesischen Führer vom proletarischen Internationalismus, vom Marxismus-Leninismus, vom Sozialismus und Kommunismus, während sie auf der anderen Seite mit dem USA-Imperialismus und der NATO zusammenarbeiteten und in der ganzen Welt die reaktionärsten Regime unterstützten. Seit dem Staatsstreich der ultrareaktionären Deng/Hua-Clique ist diese Tatsache ganz offensichtlich geworden; denn die gegenwärtigen Pekinger Machthaber haben viele Tarnungen und sozialistisch klingende Phrasen fallengelassen und betreiben ihre proimperialistische Politik wesentlich unverhohlener als es zu Maos Zeiten der Fall war. Trotzdem ist es wichtig zu erkennen, daß diese Politik keineswegs erst nach Maos Tod und der Entmachtung der sogenannten Viererbande eingesetzt hat, sondern zu Lebzeiten Mao Tse-tungs und von Mao Tse-tung eingeleitet wurde.

Sozialismus in Worten, Imperialismus in Taten — das ist die zutreffende Charakterisierung dieser Politik. Der Mar-

xismus-Leninismus hat dafür den Begriff Sozialimperialismus geprägt.

Als sozialimperialistisch griff Lenin die Führer der revisionistisch entarteten Parteien der II. Internationale an, indem er nachwies, daß diese Verräter zwar noch gewisse sozialistische Phrasen im Munde führten, daß sie aber in Wirklichkeit eine Politik verfolgten, die den Interessen ihrer imperialistischen Bourgeoisie entsprach.

Als Sozialimperialisten entlarvten und entlarven die Marxisten-Leninisten die sowjetischen Revisionisten, die sich ebenfalls in Worten noch zum Marxismus-Leninismus und zum proletarischen Internationalismus bekennen, während sie in Wirklichkeit Imperialisten sind.

In diesem Sinn ist es heute absolut notwendig, die chinesischen Revisionisten als Sozialimperialisten zu entlarven und zu bekämpfen; denn ihre Politik ist, auch wenn sie sie zumindest notdürftig sozialistisch zu verbrämen suchen, in zweifacher Hinsicht imperialistisch: Erstens versuchen die chinesischen Sozialimperialisten, China zu einer imperialistischen Supermacht zu machen und zweitens dient ihre Politik den Interessen des USA-Imperialismus und der NATO.

Lenins Definition des Imperialismus und China

Der Begriff Sozialimperialismus kennzeichnet den Klassencharakter einer Politik, die von einer Partei oder einem Staat verfolgt wird. Damit ist aber

nicht unmittelbar eine Aussage über das soziale und ökonomische System in dem betreffenden Land verbunden. Als in Deutschland nach dem ersten

chinesischer Führer im Ohr, denen zufolge China niemals eine Supermacht werden wolle, nicht nach Hegemonie strebe, das Hegemoniestreben der beiden imperialistischen Supermächte und die dadurch hervorgerufene wachsende Kriegsgefahr bekämpfe usw. Jetzt aber, mit dem Angriff auf Vietnam, erwies sich China selbst als Aggressor und Kriegstreiber.

Weltkrieg die sozialdemokratischen Sozialimperialisten die Regierung übernahmen, änderten sich damit nicht das Gesellschafts- und Wirtschaftssystem in Deutschland; denn es blieb imperialistisch. Nur, daß die Regierung der imperialistischen deutschen Bourgeoisie nun die imperialistische Politik mit sozialistisch klingenden Phrasen zu tarnen versuchten.

Anders in der Sowjetunion: Hier führte die Machtergreifung der Sozialimperialisten auch dazu, daß sich das Gesellschaftssystem in der Sowjetunion veränderte; denn die Chruschtschow-Revisionisten benutzten die von ihnen eroberten Machtpositionen, um den Sozialismus und die Diktatur des Proletariats zu zerschlagen, den Kapitalismus wiederherzustellen und die Sowjetunion in eine imperialistische Supermacht zu verwandeln. Darum sprechen wir heute auch nicht nur davon, daß die Machthaber im Kreml eine sozialimperialistische Politik betreiben, sondern auch davon, daß in der Sowjetunion die Monopolbourgeoisie herrscht, der staatsmonopolistische Kapitalismus existiert usw., daß die Sowjetunion also imperialistisch ist.

Wie aber steht es nun mit China? Ist China ein sozialisti-

sches Land, in dem die Revisionisten die Macht erobert haben, die nun dabei sind, den Sozialismus zu zerschlagen und den Kapitalismus wiederherzustellen? Ist China ein kapitalistisches Land? Ist China imperialistisch?

Nach Auffassung unserer Partei ist die heutige Situation in China keineswegs mit der Lage vergleichbar, die in der Sowjetunion nach Stalins Tod entstanden war; denn in China sind die Revisionisten nicht erst seit Maos Tod und der Entmachtung der sogenannten Viererbande an der Macht. Die sozialimperialistische Politik der chinesischen Führung ist offenkundig älter. In verschiedenen Artikeln und Stellungnahmen hat unsere Partei nachgewiesen, daß die in der VR China und in der Kommunistischen Partei Chinas seit Jahrzehnten herrschende Ideologie, die sogenannten Mao-Tse-tung-Ideen, eine gegen den Marxismus-Leninismus gerichtete, revisionistische Ideologie ist. Es ist nicht der Zweck dieses Artikels, die Frage aufzuwerfen und zu beantworten, ob China jemals sozialistisch war, ob in China jemals tatsächlich die Macht in den Händen der Arbeiterklasse lag, ob in China

jemals wirklich die Diktatur des Proletariats existiert hat. Soweit uns die Entwicklung in China bekannt ist und soweit wir sie analysiert haben, ist es mehr als wahrscheinlich, daß China niemals wirklich sozialistisch gewesen ist. Jedenfalls kann nach Auffassung unserer Partei keine Rede davon sein, daß in China heute der Sozialismus und die Diktatur des Proletariats existieren. Das unterscheidet die Situation in China nach Maos Tod von der in der Sowjetunion nach Stalins Tod.

Die Sowjetunion war ein in Jahrzehnten gefestigter sozialistischer Staat, und die modernen Revisionisten brauchten viele Jahre, um in der Sowjetunion den Kapitalismus wiederherzustellen. In China aber existiert — und nicht erst seit Maos Tod — der Kapitalismus.

Komplizierter ist die Frage, ob China ein imperialistisches Land ist. Lenin hat als erster Marxist umfassend den Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus analysiert. Nun wird erklärt — vor allem von Leuten, die den heutigen Kurs Chinas verteidigen wollen, aber nicht nur von solchen —, daß Lenins Definition des Imperialismus der Behauptung, China sei imperialistisch, völlig widerspreche. Schauen wir uns Lenins Definition des Imperialismus näher an. Er nennt fünf grundlegende Merkmale des Imperialismus:

„1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Indu-

striekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses ‚Finanzkapitals‘; 3. der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besondere Bedeutung; 4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich aufteilen, und 5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet“ (Werke, Bd. 22, S. 270 f.).

Auch ohne systematische politökonomische Analyse der Verhältnisse in China kann man sagen, daß offensichtlich nicht alle dieser Merkmale, die Lenin als grundlegend für den Imperialismus bezeichnet hat, auf China zutreffen.

Wir haben in China zum Beispiel zwar staatliche Monopole und vor allem in der Schwerindustrie eine vergleichsweise hohe Konzentration. Doch dem steht auf der anderen Seite eine ungeheuer große Zahl von kleineren und mittleren Industriebetrieben gegenüber, die Gruppeneigentum sind. So ist es zumindest fraglich, ob wir in China eine so hohe Stufe der Konzentration der Produktion und des Kapitals vorfinden, wie sie Lenin bei seiner Analyse des Imperialismus in Deutschland, Frankreich, England usw. vorfand.

In geringem Umfang exportieren die chinesischen Revisionisten auch Kapital. Aber es ist offenkundig, daß für den Kapitalismus in China keineswegs der Kapitalexport im Gegensatz zum Warenexport wesentlich ist.

Man kann also nicht behaupten, daß alle in der Leninschen Definition genannten Merkmale des Imperialismus voll für China zutreffen.

Ist China imperialistisch?

Müssen wir daraus den Schluß ziehen, daß China auf keinen Fall als imperialistisches Land bezeichnet werden kann? Eine solche Schlußfolgerung wäre, auch wenn sie sich auf Lenin beruft, schematisch und dogmatisch, aber keineswegs wissenschaftlich. Man darf die Definitionen und Kategorien des Marxismus-Leninismus nicht als Schächtelchen begreifen, in die man alles, was im Leben vorkommt, problemlos einsortieren kann. In welches Schächtelchen soll denn der Kapitalismus in China passen, wenn nicht in das imperialistische? Es bliebe ja eigentlich nur noch das des Früh- oder Konkurrenzkapitalismus übrig? Man sieht: So kommt man nicht weiter.

Die Entwicklung in China ist imperialistisch, und die Merkmale des Imperialismus, die heute in China noch nicht vollständig entwickelt sind, werden in einigen Jahren vollständig entwickelt sein. Es sei denn, die Arbeiterklasse und die Volksmassen Chinas verhindern es. Diese imperialistische Entwicklung ist das Wesen der Sache und nicht die Tatsache, daß bestimmte Merkmale des Imperialismus in China noch nicht voll ausgeprägt sind.

Der imperialistische Charakter der Politik Chinas aber ist voll ausgeprägt. Und das nicht erst seit dem Überfall auf Vietnam. China tritt den Völkern der Welt heute als Bundesgenosse des USA-Imperialismus, des japanischen Imperialismus gegenüber, als Freund und Förderer der Marionettenregime des Imperialismus in Afrika, Asien und Lateinamerika und nicht zuletzt als erbitterter Feind des sozialistischen Albaniens.

Nehmen die chinesischen

Sozialimperialisten heute am Kampf der imperialistischen Großmächte um die Neuauflage der Welt teil? Lenin bejahte diese Frage 1914 für die Schweizer Bourgeoisie, die sich immerhin bemühte, den Anschein der Neutralität aufrechtzuerhalten. China aber hat sich offen in das Vertrags- und Bündnisystem des Imperialismus begeben.

Die imperialistische Politik Chinas kommt nicht von ungefähr. China ist nicht nach außen imperialistisch und im Innern „Gott weiß was“. Die imperialistische Politik Chinas ist Ausdruck der imperialistischen Entwicklung des Kapitalismus in China. Anders kann man es als Marxist-Leninist nicht sehen. Wir können darum mit Recht davon sprechen, daß China aufgrund seiner inneren Entwicklung und seiner Rolle in der Welt imperialistisch ist.

Heute ist es vor allem die äußerst reaktionäre, aggressive und für die Völker der Welt höchst gefährliche internationale Politik der chinesischen Führung, durch die die Arbeiterklasse und die Antiimperialisten den chinesischen Revisionismus als ihren Feind erkennen können. Die dürftigen sozialistischen Phrasen der Pekinger Machthaber und ihrer westdeutschen Spießgesellen gilt es zu entlarven, um den tatsächlich imperialistischen Charakter der Pekinger Politik zu zeigen. Darüber Klarheit zu schaffen, daß die chinesischen Sozialimperialisten nicht nur von den Kommunisten, sondern von der Arbeiterklasse und allen fortschrittlichen Menschen als gefährliche Feinde betrachtet werden müssen, ist zweifellos wichtiger als darüber zu streiten, ob China bereits heute oder erst in einigen Jahren als imperialistisch bezeichnet werden kann.



Chinesische Truppen fallen in die vietnamesische Stadt Cao Bang ein.



Gefallene vietnamesische Soldaten, Opfer der chinesischen Aggression.



Verstärkte Aufrüstung — Aggression nach außen.



Staat kontra Gewerkschaften — Terror nach innen.

Britische Unterhauswahlen

Frontalangriff auf die Gewerkschaftsbewegung

Am Freitag, den 4. Mai um 15 Uhr beauftragte die britische Queen die Führerin der Konservativen, Margaret Hilda Thatcher, mit der Regierungsbildung. Nach einem üblen, arbeiterfeindlichen, von faschistischer und rassistischer Hetze durchsetzten Wahlkampf hatte die Konservative Partei die absolute Mehrheit im Unterhaus, dem britischen Parlament errungen.

„Streikposten sind Straftäter wie Taschendiebe!“ hetzte Mrs. Thatcher. Sie ist entschlossen, gegen die Gewerkschaftsbewegung eine „Stahlbarriere“ zu errichten. Was der Labour-Regierung in Zusammenarbeit mit den reaktionären Gewerkschaftsführern nicht gelungen ist, will die neue Regierung im Frontalkampf gegen die britischen Gewerkschaften durchsetzen.

Der letzte Premier Callaghan hatte mit den Gewerkschaftsführern ein „Stillhalteabkommen“ geschlossen. Bei einer Inflationsrate, die gegenwärtig bei 10 Prozent liegt, sollten die Löhne nicht mehr als 5 Prozent steigen. Doch die Gewerkschaftsspitze konnte ihr Versprechen gegenüber der Regierung nicht halten. In einer der

machtvollsten Streikbewegungen der letzten Jahre, die fast alle Branchen umfaßte, wurde der „Sozialpakt“ von der britischen Arbeiterklasse, von den klassenkämpferischen Gewerkschaften, niedergekämpft. Die Ford-Kollegen beispielsweise setzten in einem zweimonatigen Streik eine Lohnerhöhung von 17 Prozent durch. Zunächst einmal war der Plan gescheitert, die Folgen der kapitalistischen Krise vollständig auf eine der „Sozialpartnerschaft“ verpflichteten Arbeiterklasse abzuwälzen. Nachdem es der Bourgeoisie nicht gelungen ist, die Gewerkschaftsbewegung insgesamt auf den Weg der Klassenzusammenarbeit zu bringen, geht sie nun zunehmend offener gegen die Gewerkschaftsbewegung vor.

Margaret Thatcher hat in

ihrer Regierungserklärung, die während einer pompösen Oberhausitzung von der Monarchin verlesen wurde, ankündigen lassen, daß sie die Rechte der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften empfindlich beschneiden will. Streikposten sollen durch gesetzgeberische Maßnahmen zu bloßen Statisten degradiert werden, was auf einen staatlichen Schutz für das Streikbrechertum hinausläuft. Die gewerkschaftlichen Urabstimmungen sollen in Zukunft mit Steuergeldern finanziert werden. Das bedeutet einen schweren Angriff auf die Koalitionsfreiheit, das bedeutet gewerkschaftliche Willensbildung unter staatlicher Kontrolle. Durch die Einführung der Friedenspflicht und anderer gesetzlicher Maßnahmen soll das Streikrecht unterhöhlt werden.

Weiter geht aus der Regierungserklärung und dem Wahlkampf hervor, daß die neue Thatcher-Regierung ein umfassendes Lohnraubprogramm durchführen will. Beginn wird dieses Programm mit einer drastischen Senkung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst.

Einen Schwerpunkt des konservativen Wahlkampfes bildete die Forderung nach der Zurückdrängung des staatlichen Einflusses und der Wiederbelebung der Privatinitiative.

Konkret bedeutet bei ihr

„Zurückdrängung des Staates“ folgendes: Die vom Staat subventionierten Arbeitsplätze sollen vernichtet werden. Das ohnehin schon katastrophale, staatliche Gesundheitswesen (zur Zeit gibt es weder Privatärztlaxen noch Privatkrankehäuser) soll reprivatisiert werden. Das bedeutet eine vollständige Unterwerfung der Volksgesundheit unter das Gesetz des Profits. Außerdem ist vorgesehen, die Förderung von Privatschulen, und nur von diesen, erheblich zu verstärken. Eine reiche Elite soll herangezogen werden.

Zwei Bereiche allerdings sind von der Sparpolitik ausdrücklich ausgenommen worden. Der Etat für die innere und äußere Sicherheit wird steigen. Schon jetzt hat Margaret Thatcher verkündet, sie beabsichtige, die Bezüge der Polizei um 20 Prozent zu heben. Außerdem soll der Kriegsetat erweitert werden. In Zukunft will man seinen Verpflichtungen innerhalb der NATO besser nachkommen. Kein Wunder, daß die chinesischen Sozialimperialisten der neuen äußerst reaktionären britischen Regierung vor allem vom außenpolitischen Gesichtspunkt her sehr warmherzig zum Wahlsieg gratulierten, ist sie doch ein weiteres Glied in der weltweiten Einheitsfront aller Reaktionäre und Faschisten.

Der Machtantritt des Thatcher-Kabinetts markiert einen klaren Rechtsruck in der britischen Politik. Die britischen Werktätigen haben es mit einer äußerst arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Regierung zu tun, die angetreten ist, die britische Gewerkschaftsbewegung durch staatliche Zwangsmaßnahmen zu unterdrücken. Der Bayern-Kurier feierte Thatchers Wahlsieg begeistert als „Signal für Europa“. Die kämpferische britische Arbeiterklasse, die ihre Schlagkraft durch machtvolle Streiks wiederholt unter Beweis gestellt hat, wird auf dieses „Signal“ der Reaktion reagieren. Sie wird die Kampfansage der Thatcher-Regierung nicht unbeantwortet lassen.

Es wäre nicht das erste Mal, daß eine Regierung ihrer Majestät durch große Streiks zum Rücktritt gezwungen würde, seien sie aus dem konservativen Lager oder von der „Labour-Party“.

Mrs. Thatcher hält Wort

Kaum hat die britische Königin die Regierungserklärung des Thatcher-Kabinetts verlesen, ernten die britischen Werktätigen die ersten Früchte der neuen Regierungspolitik. Durch die Abschaffung der staatlichen Preiskommissionen stiegen bereits Anfang der Woche die Brotpreise um 6 Prozent. Die Löhne für Benzin werden bald nachziehen. Außerdem kündigte Margaret Thatcher in ihrer ersten Unterhausrede weitere arbeiterfeindliche Maßnahmen an. Das Arbeitnehmerschutzgesetz soll gelockert werden, um die Ausbeutung noch mehr zu steigern.

Nachrichten aus der Türkei

Verschärfte Wirtschaftskrise

Immer weniger sind die Werktätigen der Türkei bereit, die Lasten der kapitalistischen Krise zu tragen. In diesem Monat sind die Arbeiter der amerikanischen Autoreifenhersteller Pirelli, Good-Year und Uni Royal in den Streik getreten. Die Lebenshaltungskosten in Ankara schnellten in den letzten Monaten von 1978 um 60 Prozent nach oben, während die Löhne nur um 7 Prozent stiegen. Die streikenden Kollegen sind entschlossen, eine Lohnerhöhung von 80 Prozent durchzusetzen.

Das ausländische Kapital ist der Herr im Haus

Der türkische Staatshaushalt geht dem Bankrott entgegen; eine Gelegenheit für das ausländische Kapital, das türkische Wirtschaftsleben noch stärker seinem Einfluß zu unterwerfen. Zunehmend zeigen auch die japanischen Imperialisten Interesse, sich an der Ausbeutung der Werktätigen der Türkei zu beteiligen. Kürzlich stellte Japan nach einem Vermittlungsgespräch mit einem Abgesandten der westdeutschen Regierung Wirtschaftshilfe von 500 bis 600 Millionen Dollar in Aussicht. Westdeutschland und die USA wollen noch je 250 Millionen Dollar beisteuern, so daß sich die Gesamtwirtschaftshilfe auf etwa eine Milliarde Dollar beläuft. Die Schulden der Türkei gegenüber der Bundesrepublik haben längst die Milliardenengrenze überschritten.

Strategische Bedeutung

Der eine Grund für das imperialistische Engagement in der Türkei sind die geringen Lohnkosten, was hohe Extraprofiten in Aussicht stellt. Der zweite Grund ist die strategische Bedeutung, die die Türkei für die Südfanke der NATO hat. Seit der Iran durch den revolutionären Sturz des Schah-Regimes aus der reaktionären Einheitsfront der NATO-Staaten und ihrer Verbündeten in Peking und Tokio herausgebrochen wurde, ist die Bedeutung

des formellen NATO-Mitglieds Türkei in den Augen der NATO-Staaten zunehmend gewachsen. Die USA-Imperialisten brauchen das türkische Territorium und den türkischen Luftraum, um sowjetisches Gebiet auszuspionieren, nachdem das im Iran nicht mehr möglich ist. Außerdem brauchen die Amerikaner die Türkei als Aufmarschplatz zur Sicherung der arabischen Erdölquellen. Doch Ecevit denkt nicht daran, bedingungslos auf die amerikanischen Wünsche einzugehen. Er will die Angebote Moskaus abwarten.

Zensur und Verbot

Das faschistische Ecevit-Regime geht mit Terror und Verbot gegen die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte der Türkei vor. Bereits am 20. Februar 1978 wurde auf Befehl des Kriegskommandanten von Istanbul die „Föderation der patriotischen revolutionären Jugendvereine“ (YDGF) verboten. Die YDGF, die aus rund 160 Orts- und Bezirksgruppen besteht und etwa 40.000 Mitglieder hat, ließ sich jedoch nicht zur Passivität verurteilen. Die Genossen schrieben uns Anfang Mai: „Diese und ähnliche Unterdrückungsmaßnahmen und Angriffe der faschistischen Diktatur haben es nicht verhindern können, daß die patriotische revolutionäre Jugend das Volk und die breiten Jugendmassen über das wirkliche Geschehen aufgeklärt hat. Tausende von Menschen haben sich durch die Angriffe weder abschrecken noch einschüchtern lassen.“ Der Herausgeber der proletarisch-revolutionären Zeitung „Halkin Kurtulusu“ berichtete uns Mitte Mai, daß seine Zeitung nunmehr in insgesamt 19 Provinzen verboten sei. Er bezeichnete die Ecevit-Regierung als Verbrecher Nr. 1, was die Abschaffung der politischen Freiheit betrifft. Weiter schreibt er: „Unsere Zeitung ist entschlossen, die ökonomischen und politischen Interessen unseres Volkes unter jeder Bedingung zu verteidigen.“

Kurz berichtet

Hetze über iranische Revolution zurückgewiesen

In einer von Khomeini abgegebenen Erklärung vom 14. Mai heißt es, daß im Iran Todesurteile nur gegen Angeklagte verhängt werden, denen Mord, Anstiftung zum Mord oder Forderung mit Todesfolge nachgewiesen werden könne. In dieser Hinsicht ist es auch völlig korrekt und überaus notwendig, daß die Revolutionsgerichte einen Prozeß gegen den gestürzten Schah vorbereiten, der ein übler Schlächter und Folterer des persischen Volkes gewesen ist. Wie aus einer erst kürzlich veröffentlichten Geheimrede des Schah kurz vor seiner Flucht hervorgeht, hatte er seine Generale aufgefordert, ein Blutbad unter dem Volk anzurichten.

Wirtschaftskrise in Polen und Rumänien

Seit in den Ländern Osteuropas die Diktatur des Proletariats gestürzt und der Kapitalismus wiedereingeführt wurde, nimmt auch dort die Wirtschaftskrise immer größere Ausmaße an.

In Polen liegen nach einer ap-Meldung ein Drittel der Produktionskapazitäten brach. Das Gesetz des Profits hat zu schweren Engpässen in der Versorgung der Bevölkerung geführt. Polen hat 30 Milliarden Mark Auslandsschulden. Informierte Kreise aus Polen sagen erneute Aufstände unter der Arbeiterklasse voraus. Schon 1970 und 1976 haben die polnischen Werktätigen machtvolle und militante Demonstrationen gegen die Wirtschaftspolitik der revisionistischen Gierke-Cligue durchgeführt.

In Rumänien sind zum zweiten Mal in diesem Jahr die Preise erhöht worden. Obwohl uns die chinesischen Revisionisten und ihre Nachbeter in aller Welt Rumänien als sozialistisch verkaufen wollen, herrscht auch hier das kapitalistische Gesetz des Dschungels. Die rumänische Nachrichtenagentur Agerpres meldet, die Gemüse-, Obst- und Fischkonserven, eine Reihe von Süßwaren und Gewürzen hätten sich um 32,8 Prozent verteuert. Bereits vor zwei Monaten stiegen die Preise für Waschmaschinen, Heizgeräte, Kinderbekleidung und Glaswaren.

Obst- und Fischkonserven, eine Reihe von Süßwaren und Gewürzen hätten sich um 32,8 Prozent verteuert. Bereits vor zwei Monaten stiegen die Preise für Waschmaschinen, Heizgeräte, Kinderbekleidung und Glaswaren.

Multis Marke Moskau

Wie die albanische Nachrichtenagentur ATA am 11. Mai meldete, haben die russischen Sozialimperialisten kürzlich den Ölpreis für die Comecon-Mitgliedsstaaten um 2,3 Prozent erhöht. Hierbei handelt es sich um die zweite Preiserhöhung innerhalb von zwei Monaten. In den letzten Jahren hat die russische Bourgeoisie unter dem Deckmantel von „wirtschaftlicher Zusammenarbeit“ und „internationaler Arbeitsteilung“ zahlreiche internationale Monopole geschaffen, mit deren Hilfe sie die wichtigsten Wirtschaftsbranchen der Comecon-Staaten kontrolliert und steuert.

Bei der Versorgung mit Öl und anderen Rohstoffen sind die Comecon-Staaten den russischen Sozialimperialisten auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Wie die albanische Nachrichtenagentur ATA meldet, hat die russische Bourgeoisie in den letzten zwei Jahren allein durch den Ölhandel sechs Milliarden Dollar an Profiten geschneit.

2 Millionen im Streik für Teuerungszulage

Rom. Am Dienstag, den 15. Mai legten rund zwei Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes für 24 Stunden die Arbeit nieder. Am Arbeitskampf beteiligten waren die Arbeiter und Angestellten der staatlichen Betriebe, Feuerwehrlente, Lehrer, Beamte und Angestellte der Verwaltung, Zollbeamte und Verkehrspolizisten. Zum ersten forderten sie einen Nachschlag auf die letzte Lohn- und Gehaltserhöhung, die von der Teuerungswelle längst wieder aufgeessen ist, zum zweiten forderten sie die Einführung automatischer Teuerungszuschläge, wie sie in der italienischen Industrie schon eingeführt sind.

Zwei Zeitungen — ein Gedanke

Großbritanniens Rolle im westlichen Verteidigungsbündnis wird künftig nicht mehr von Kompromissen der Regierung mit pazifistischen, linksradikalen und an das Gute des Sowjetimperialismus glaubenden Kräfte in der Regierungspartei bestimmt, sondern von dem Wert, den Mrs. Thatcher und ihre Partei der Verteidigung der Freiheit beimessen. („Bayern-Kurier“ vom 12. 5. 1979).

Außenpolitisch kann die neue Regierung allerdings günstigere Bedingungen für den Zusammenschluß Europas gegen den sowjetischen Expansionismus schaffen. Thatcher hat mehrfach recht deutliche Worte über die aggressiven Absichten der Sowjetunion gesprochen und sich auch für ein engeres Zusammengehen mit Westeuropa ausgesprochen. („Rote Fahne“ der GRF vom 10. 5. 1979)

Venezuela

Kampagne zur Freilassung politischer Gefangener

Vor kurzem richtete das „Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte in Venezuela“ ein Schreiben an den „Roten Morgen“. Dieses Schreiben berichtet von einer nationalen Kampagne zur Befreiung der politischen Gefangenen, die gegenwärtig in Venezuela läuft. Es folgen Auszüge daraus:

„In Venezuela konnten von den mehr als 200 politischen Gefangenen der Vergangenheit eine große Zahl ihre Freiheit erlangen, dank der ständigen Aufklärung und der Bewegung des Volkes. Das Volk ist vereint durch die Tatsache, daß die neue Regierung demagogisch mit der Erweiterung der politischen Freiheiten spielt, unter denen die Freilassung der politischen Gefangenen einen wichtigen Platz einnimmt. Daher hat unser Komitee zusammen mit dem Komitee „Pro Amnestie“ vorgeschlagen, eine Kampagne durchzuführen, um auf nationaler Ebene die Befreiung aller politischen Gefangenen zu erreichen.“

Ungefähr hundert unserer Landsmänner sind in den diversen Gefängnissen des Landes aus politischen Gründen eingesperrt. Wir möchten die Namen von Ernesto Virla und Antonia Arias erwähnen, beide Führer der Partei „Bandera Roja“. Der erste ist schon seit vier Jahren im Gefängnis San Carlos de Caracas. Er ist der militärischen Rebellion angeklagt. Der zweite steht unter der gleichen Anklage. Er gehört zur Gruppe der politischen Gefangenen, denen die Flucht aus dem Zuchthaus „La Pica“ im Osten des Landes geglückt ist. Sie wurden aber 14 Monate später erneut gefaßt und brutal gefoltert.

Wir sind überzeugt davon, daß Menschen mit einem so revolutionären Bewußtsein wie Ernesto Virla und Antonio Arias ihre Freilassung nur dann erleben können, wenn eine mächtige Massenbewegung durchgeführt wird, die auf die Unterstützung und Solidarität aller fortschrittlichen und revolutionären Menschen und Organisationen der ganzen Welt zählt.“

Die venezolanischen Patrioten bitten darum, in dieser Sache aufklärerisch zu wirken, Erklärungen zu verabschieden und beim Präsidenten von Venezuela die Freilassung aller politischen Gefangenen zu fordern.

Bundesregierung gegen Berufsverbotskampagnen

70 000 000 Mark gegen ein Wörtchen

Die Bundesregierung hat seit 1972 über 70 Millionen Mark an Steuergeldern eingesetzt, um im westeuropäischen Ausland den Berufsverbotskampagnen entgegenzuwirken und das Wörtchen „Berufsverbote“ aus dem Denken und dem Sprachgebrauch der Westeuropäer zu tilgen.

Auf eine entsprechende kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion im Bonner Parlament antwortete die Bundesregierung am 20. April 1979, daß sie seit 1972 auf diesem Gebiet „gezielte Informationsarbeit“ leistet. Wie sah diese „Informationsarbeit“ aus? — In der Antwort der Bundesregierung heißt es: „Es wurden zahlreiche Gespräche mit ausländischen Ministern, Abgeordneten und Publi-

zisten geführt. Botschafter, politische Referenten, Rechts- und Konsularreferenten, Kulturreferenten, Sozialreferenten und Pressereferenten stellten sich Diskussionen in Gewerkschaftsversammlungen, Schulen, Volkshochschulen und Universitäten. Den Multiplikatoren der print-Medien [Sprich: Presse] wurde besondere Aufmerksamkeit geschenkt.“ Zum Einsatz gelangte dabei folgen-

des Propagandamaterial: „Texte des Auswärtigen Amtes, des Presseamtes, Broschüren, Gesetzestexte, Bulletins der Bundesregierung, Schriften von Inter Nationes und umfangreiche Informationsmappen.“

Als Referenten in den auswärtigen Kampf gegen das beunruhigende Wort „Berufsverbote“ schickte die Bundesregierung solche bewährten Kreuzritter wie den Nazi-Blutrichter Dr. Hans Filbinger und den Ex-SA- und NSDAP-Mann Prof. Dr. Karl Carstens. Ebenfalls im Einsatz waren Bonner Politprominente wie der Industriellenfreund Otto Graf Lambsdorff und der Datensammler Baum.

Von den für die genannten Aktivitäten verbutterten 70 Millionen Mark wurden alleine 20 Millionen für die Propaganda in Frankreich, 13 Millionen in Großbritannien und 11 Millionen in Italien eingesetzt. Selbst Länder wie Luxemburg und Irland wurden bedacht — Irland mit 1,1 Millionen und Luxemburg mit fast einer halben Million Mark.

Nicht genug, daß die Bonner Regierung mit ihrer Praxis der Berufsverbote ein Klima der Angst, Überwachung, Zensur und politischer Unterdrückung schafft; nicht genug, daß sie Tausende qualifizierter Kräfte von einer Tätigkeit ausschließt und lahmlegt (wer hat je den volkswirtschaftlichen Schaden

Drucksache 8/2761 Deutscher Bundestag — 8. Wahlperiode				
Länder	Aufwendungen			
	1972	1973	1974	1975
Belgien	550 000	557 800	537 900	557 600
Dänemark	275 000	286 400	269 000	278 800
Frankreich	2 956 500	2 916 000	2 891 300	2 997 100
Großbrit.	1 856 400	1 856 900	1 815 500	1 881 900
Irland	137 500	147 900	134 500	139 400
Italien	1 581 400	1 551 500	1 546 500	1 603 100
Luxemburg	68 800	48 000	67 200	69 700
Niederlande	343 800	322 300	336 200	348 500
Finnland	1 100 100	1 053 400	1 075 800	1 115 200
Norwegen	412 500	408 500	403 400	418 200
Schweden	893 900	900 700	874 100	906 100
insgesamt	10 175 900	10 049 400	9 951 400	10 315 600

Länder	Aufwendungen		
	1976	1977	1978
Belgien	770 900	776 700	818 300
Dänemark	313 800	282 500	297 600
Frankreich	2 912 600	2 895 100	3 050 000
Großbritannien	2 085 300	2 118 400	2 231 700
Irland	181 900	211 800	223 200
Italien	1 793 400	1 765 300	1 859 700
Luxemburg	57 600	70 600	74 400
Niederlande	428 200	706 100	743 400
Finnland	645 600	635 500	669 500
Norwegen	312 400	353 100	371 900
Schweden	679 300	706 100	743 400
insgesamt	10 136 000	10 521 200	11 083 100

TITEL für Auslandsaufklärung — Stichwort: Berufsverbot

der Berufsverbote errechnet? — sie verpulvert auch noch zig Millionen an Steuergeldern, um ihre reaktionären Machenschaften vor den Nachbarvölkern zu beschönigen und zu kaschieren!

Doch alle Anstrengungen der Herren erweisen sich als verlorene Liebesmüh. Solange die Berufsverbote nicht fallen, wird

man sie auch beim Namen nennen. Die Berufsverbote sind für die fortschrittliche Weltöffentlichkeit längst zu einem unauslöschlichen Attribut des Bonner Staates geworden, wie die Konzentrationslager und die Judenverfolgungen für das Dritte Reich Attribute waren und sind.

„Porträt“ von ihm gemacht werde.

Die Logik des Gerichtes ist bewundernswürdig. Ein Polizist, solange er sich vor der Kamera befindet, ist im Dienst; abgelichtet — „im Kasten“ sozusagen — wird er zur Privat-, ja zur Unperson. Er ist dann nämlich keine „Person der Zeitgeschichte“ mehr. — Wenn das mal so leicht ginge! So leicht lassen sich diese schnüffelfinden, spitzelnden Figuren, diese üblen — wenn auch nicht „Personen“ — so doch *Erscheinungen der Zeitgeschichte*, nicht wegtuschieren!

Gegen das Urteil legte der Pressefotograf Lindenmeyer Berufung ein; in der Berufungsverhandlung jedoch wurde das Urteil erneut bestätigt. „Dieses Urteil bedeutet“, erklärte Lindenmeyers Rechtsanwalt, „daß jeder Journalist damit rechnen muß, daß sein Film beschlagnahmt werden kann, wenn er Polizeibeamte im Einsatz knipst.“ Seit dem ersten Urteil wurde Lindenmeyer von der Polizei bei seiner Arbeit stark behindert. Wo immer er auftauchte, wurde ihm die Kamera abgenommen mit der Begründung, er wolle ja ohnehin nur „Porträtaufnahmen“ machen.

Polizist und „Kunsturheberrecht“

Die ganze Geschichte, die schließlich durch zwei Gerichtsinstanzen ging und auf eine weitere Beeinträchtigung journalistischer Tätigkeit hinausläuft, begann harmlos.

1977 wurde in Heidelberg mit Blasmusik und Ansprachen ein Teilstück der Fußgängerzone eingeweiht. Der Fotograf der „Heidelberger Rundschau“, Johann Lindenmeyer, lichtete bei dieser Gelegenheit einen Mann ab, der seinerseits gerade „unauffällig“ Teilnehmer der Festlichkeiten fotografierte. Bei dem Mann handelte es sich um den stellvertretenden Leiter der Staatsschutzabteilung der Heidelberger Polizei, Hans Michael Ernst. Das Foto dieses Ernst veröffentlichte Lindenmeyer in seiner Zeitung; dazu schrieb er einen Kommentar, in dem er seine Verwunderung über derartige Praktiken ausdrückte.

Kurz darauf fand bei Lindenmeyer eine Hausdurchsuchung statt. Dabei wurde auch das Negativ des erwähnten Fotos beschlagnahmt. Und nun stellte der Staatsschützer Ernst eine Honorarforderung wegen der Veröffentlichung des Fotos:

400 Mark. Lindenmeyer jedoch zahlte nicht; es kam zur Verhandlung.

Staatsschützer Ernst erklärte vor Gericht: „Wir haben kein Interesse, daß die Polizei fotografiert und veröffentlicht wird.“ Der Richter schloß sich dieser Meinung an und verurteilte den Fotografen Lindenmeyer.

Da es einschlägige Bestimmungen über das Fotografieren von Polizeibeamten nicht gibt, erfolgte die Verurteilung nach dem Kunsturheberrecht aus dem Jahre 1907. Dem Polizisten wurde das darin vorgesehene Recht am eigenen Bild zugebilligt, weil er „keine Person der Zeitgeschichte“ sei. Zwar dürfe ein Pressefotograf selbstverständlich eine ganze Szene knippen, auf der auch ein Polizeibeamter zu sehen sei — meinte der Richter —, doch werde die Privatsphäre dieses Beamten verletzt, wenn nur ein



Montag, 28. 5., 21.20 Uhr, ZDF

Die Farbe des Himmels. Spielfilm von Thomas Hartwig über die Situation der Bauern. — Aus der Zeitung erfährt Thomas Preissinger, Bauer aus Oberbayern, von einer Milchpreiserhöhung um 10 Pfennig. Die Bauern allerdings sollen davon nichts abbekommen. Preissinger und seine Nachbarn gründen in ihrem Dorf eine Aktionsgemeinschaft. Sie versuchen es mit Verhandlungen und Demonstrationen. Nach zähem Ringen erhalten sie zwei Pfennig mehr je Liter. Da erfahren sie von einer Futtermittelpreiserhöhung...

+

Dienstag, 29. 5., 19.30 Uhr, ZDF

Charlie Chaplin: Lichter der Großstadt. Chaplins Film aus dem Jahr 1931 gestaltet kraftvoll und unmittelbar die soziale Wirklichkeit in den USA. — Der Tramp Charlie lernt einen Millionär kennen. Immer wenn der Millionär betrunken ist, ist er Charles Freund; wird er nüchtern, wirft er ihn hinaus.

+

Dienstag, 29. 5., 21.15 Uhr, DDR-Fernsehen II

Der Gottesgnadenhecht oder Dichtung ist keine Privatsache. Eine Sendung nach Texten von Erich Weinert.

+

Mittwoch, 30. 5., 21.15 Uhr, Hessen III

Der unruhige Tod von Julius und Ethel Rosenberg. Dokumentation von Alvin H. Goldstein über den Prozeß gegen das Ehepaar Rosenberg, das während der hysterisch antikommunistischen McCarthy-Ära wegen angeblicher Spionage für die Sowjetunion zum Tode verurteilt und auf dem elektrischen Stuhl ermordet wurde.

+

Donnerstag, 23. 5., 23.00 Uhr, ARD

Vor Sonnenaufgang. Drama von Gerhard Hauptmann, das 1889 uraufgeführt wurde. — Das Stück, in dem soziales Milieu und alltägliche Details breit aufgemalt sind, stellt den sittlichen und geistigen Verfall einer reichgewordenen Bauernfamilie dar.

Neu erschienen Nr. 2/79 des Theoretischen Organs der KPD/ML — „Der Weg der Partei“

Mit Beiträgen zu folgenden wichtigen, aktuellen Themen:



„Der Weg der Partei“ erscheint zweimonatlich. Ein Jahresabonnement kostet 15,00 Mark. Das Einzelheft kostet 3,00 Mark.

Geschichtsfälscher

Eine historische Richtigstellung der Politik der Sowjetunion und Stalins im zweiten Weltkrieg. Die Wahrheit über den sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt. Diese Schrift, ein Nachdruck einer Broschüre des Informationsbüros des Ministerrates der UdSSR vom Februar 1948, widerlegt alle Verleumdungen und Verfälschungen, die gegen die Sowjetunion und Stalin in Zusammenhang mit dem zweiten Weltkrieg aufgetischt werden. Sie ist auch heute noch, im 40. Jahr der Wiederkehr der Entfesselung des zweiten Weltkrieges, ein überzeugendes Dokument, das die Ereignisse im Licht der historischen Wahrheit beleuchtet.



80 Seiten, 3,00 Mark.

Bestellungen an:
Verlag Roter Morgen GmbH
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 300526
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr ☐ für 1/2 Jahr ☐ Probenummer

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Unterschrift: Datum:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich DM 60,— ☐ halbjährlich DM 30,—

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN“, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

- 5100 AACHEN, Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.
- 4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.
- 4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.
- 2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88, geöffnet: Mo, Mi, Do 16.00-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.
- 6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei, Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.
- 4600 DORTMUND 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 86, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.
- 4100 DUISBURG 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei, „Bücherstube“, Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr.
- 4300 ESSEN, Kontaktmöglichkeit zur Partei, Helenenstr. 35, Tel.: 0201 / 62 42 99, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.
- 2390 FLENSBURG (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei, Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10.00-12.00 Uhr, Tel.: 0461 / 2 96 01.
- 6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei, Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611 / 77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.
- 7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di u. Do 17.00-19.00 Uhr, Sa 10.00-13.00 Uhr.
- 2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 43 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.
- 3000 HANNOVER, Buchladen „Roter Morgen“, Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62, geöffnet: Di-Do 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.
- 7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann“-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17.00-19.00 Uhr.
- 3500 KASSEL, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klar-text“, Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.
- 2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.
- 5000 KÖLN 91, Buchladen „Roter Morgen“, Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 17.00-18.30, Sa 13.00-13.00 Uhr.
- 6700 LUDWIGSHAFEN (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit“, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.
- 8000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 260 7554, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.
- 8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.
- 7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.
- SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo, Di, Do u. Fr 11.00-18.00, Mi 15.00-18.00 u. Sa 10.00-13.00 Uhr.